

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Monatspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beilage),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanings, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Bebenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Zeitzeile oder deren Raum 30.-.

Kollegen! Bei der Flugschriftverbreitung und hausagitation darf kein Verbandsmitglied fehlen!

Inhalt: „Der „Grundstein“ hat das Wort.“ — Ein Mahnwort an alle Maurer Deutschlands. — Politische Unschau. — Maurerbewegung: Streits, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Bekanntmachung des Vorstandes. Jahresberichter der Bauvorstände: Frankfurt a. M. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Mäuse, Arbeiterschule, Subventionen usw. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Nachschläge und Arbeiterverhinderung. — Gingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

„Der „Grundstein“ hat das Wort.“ So lautet die Überschrift zweier Artikel, die kürzlich das ultramontane „Fränkische Volksblatt“ gebracht hat. Der „Grundstein“ erfährt ja schon so lange, wie er erscheint, die ganz befürchtete Aufmerksamkeit des klerikalen Arbeiterfreunde. Das gereicht uns in den Augen vernünftiger Menschen, denen die Wahrheit, aber sagen wir das Streben nach Wahrheit, höher steht als das den Geist lähmende und irreführende theologische Dogma, wahrlich nicht zur Unrechte. Nicht vergeblich haben wir uns bemüht, den Missbrauch, der mit solchen Dogmen gegen die Wahrheit und die Ideen des Fortschritts, wie gegen die Interessen der Arbeiterklasse und gegen die Arbeiterbewegung getrieben wird, zu bekämpfen. Natürlich haben wir uns damit den Hass und den Zorn der klerikalen Presse in hohem Maße zugezogen. Sie hat im Verlaufe der Jahre Hunderte von Angriffen gegen uns gerichtet, aber den damit verfolgten Zweck, „eine unüberwindliche Scheidewand zwischen den katholischen und den sozialdemokratischen Arbeitern aufzurichten“, wie eines ihrer Organe mal verkündete, nicht erreicht. Sie hat uns verleumdet, beschimpft und abwert verhöhnt; sie hat all ihren Einfluss, all ihre „Autorität“ uns gegenüber geltend gemacht, unter Ausnutzung der „Heilswahrheiten der Religion“, wie sie die theologischen Sazungen nennen, — und doch nicht verhindert, daß in allen vom Klerikalismus beherrschten Gebieten die Prinzipien des demokratischen Sozialismus und die Bestrebungen und die Organisationen der diesen Prinzipien huldigenden Arbeiterchaft mehr und mehr Eingang und tatkräftige Unterführung auch bei den Arbeitern fanden, über die die Kirche ein Herrschaftsrecht in Anspruch nimmt. Die Macht der Wahrheit und der Tatsachen, womit sich die Arbeiterklasse auf den Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung abzufinden hat, ist aber stärker, als die des theologischen Lehrlystems.

Zum Vergnügen, oder weil es ihr an sonstigem Stoff zur Füllung ihrer Spalten mangelt, beschäftigt sich die klerikale Presse nicht so ausgiebig mit uns. Sie kann auch mit dem Tone abhören Spottes und tendenziöser Witzelei, den sie mitunter wider uns anschlägt, nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr bangt vor der das Vorurteil, den Irrtum, die Unwissenheit bezeugenden Kraft unserer antiklerikalen Anschauungen, Grundsätze und Argumente.

Das „Fränkische Volksblatt“ nun bietet in seiner, unserer „Bemühung“ gewidmeten „Kritik“ eigentlich gar nichts Neues. Die gesamte klerikale Presse hat uns gegenüber stets den merkwürdigen Standpunkt vertreten, daß sich eine gewerkschaftliche Organisation und ein gewerkschaftliches Blatt „nur mit seinen eigenen Angelegenheiten“, nicht aber auch mit „religiösen Fragen“ zu beschäftigen habe. Auf diesen „Standpunkt“ stellt sich auch das „Fränkische

Volksblatt“. Es ist um so merkwürdiger, als doch gerade der Klerikalismus schon vor Jahrzehnten zuerst das Beispiel gegeben und seitdem beständig geübt hat, die „Religion“ mit der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisation und -Bewegung engstens zu verknüpfen. Um die katholischen Arbeiter vor dem Anhainfall an die freie gewerkschaftliche Organisation und die Sozialdemokratie zu bewahren, hat der Klerikalismus „christliche“ Arbeiterorganisationen gegründet und seiner Normundshaft unterworfen. Unzählige Male hat er offen ausgesprochen, daß die Arbeiterfrage nur auf „religiöser“, d. h. theologischer Grundlage zu lösen sei; daß alle wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen der Arbeiter den Lehren und dem Interesse der Kirche unterzuordnen seien; daß die Pflege des „religiösen Geistes“ die Hauptaufgabe der christlichen Arbeiterorganisationen sein müsse und daß es keine Gemeinschaft zwischen katholischen und sozialdemokratischen Arbeitern geben könne. Nicht einmal das Befremden katholischer Arbeiter zu einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft mit allen anderen Arbeitern, die sich auf die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen richten, hat der Klerikalismus gelten lassen. Die Pflege des „religiösen Geistes“ unter den katholischen Arbeitern hat er in der Weise geübt, daß er sie fanatisch verhetzte gegen die sogenannte „gottlose“ Arbeiterschaft. Beständig haben Tausende katholischer Geistlicher ihren Einfluß auf das Gemüth frommer Gläubiger unter Bezug auf die „Religion“ terroristisch missbraucht. Auf den Kanzeln, im Beichtstuhle, bei jeder im gesellschaftlichen Verkehr sich ihnen bietenden Gelegenheit haben sie unter Androhung der von der Theologie erfundenen „Strafe des ewigen Verdammnis“ auf katholische Arbeiter eingewirkt, sich nicht zu anderen Organisationen, zu anderen wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Anschauungen und Bestrebungen zu bekennen, als zu denen, die die Kirche billigt, vorschreibt und beherrscht.

Diese terroristische Praxis zu üben, erachtet der Klerikalismus als sein gutes Recht, ja, als eine von der Religion gebotene „heilige Pflicht“. Wenn aber die, gegen die diese Praxis gerichtet ist, sich ihrer erwehren; wenn wir mit den mit der Religion wider den freien, selbständigen Arbeiterorganisation und die Interessen der Arbeiterklasse getriebenen Missbrauch bekämpfen; wenn wir aus der Welt der Tätsachen heraus eine neue Weltanschauung verklären, die die Würdigung der unveräußerlichen Rechte der Arbeit in sich schließt und den Prinzipien der Freiheit, der menschlichen Gleichheit, der Gerechtigkeit und Humanität Rechnung trägt; dann setzt die klerikale Presse und Wortsührerhaft, die Religion sei in Gefahr, dieselbe Religion, die sie als Ausdruck göttlicher Allmacht und Weisheit darstellen. Dann fragen sie heuchlerisch: „Was geht eine Gewerkschaft und ihr Organ denn die Religion an?“ So auch das „Fränkische Volksblatt“. Es schreibt:

„Man sollte eigentlich meinen, ein gewerkschaftliches Blatt beschäftige sich nur mit eigenen Angelegenheiten. Wir gefehlt. Ein Hauptaufgabe des sozialistischen „Grundstein“ besteht offenbar darin, seine Befür um jede Religion zu bringen. Was geht uns Franken aber überhaupt der „Grundstein“ an? Schr. folgt sogar; denn in Franken leben viele Bauhandwerker. Nach eigener Bekundriss, bestehen sie seit länger als einem Jahre die roten

Maurergenossen, ihre sozialdemokratische Gewerkschaft besonders in den Dörfern um Würzburg auszuüben. Anfangs war der Erfolg ein recht geringer. Die Sozi wurden angerichtet, weil die Maurer lieber im Wirtschaftshof Karsten spielen und sich unterhielten. Für die Genossen zeigten sie kein Interesse. Doch das muß man den Sozialdemokraten lassen, sie arbeiten mit einer Ausdauer und mit Opfern, die uns beobachten müssen. So kam es, daß nach und nach eine ziemliche Anzahl Maurer sich organisierte bei den Noten.“

Freilich, so kam es — und deshalb will das klerikale Blatt, wie es hinzufügt, „allen, die noch nicht organisiert sind, und die sich in redlicher Meinung bei den Sozialdemokraten organisiert haben, eine notwendige Aufklärung geben“.

Diese „Aufklärung“ hat nun das klerikale Blatt unter der Stichworte: „Also, der „Grundstein“ hat das Wort“ in der Welt bewirkt, daß aus Artikeln unseres Blattes (hauptsächlich Jahrgang 1905) einzelne Sätze, völlig aus dem Zusammenhang gerissen, zitiert und mit kritisch, sein sollenden Bewertungen versehen werden, die aber nichts anderes sind, als Verlegerheitsmängchen. Nicht auf eine einzige unserer Ausführungen geht das Blatt wirklich kritisch ein. Es ist deshalb auch nicht erforderlich, daß wir seinen Zitaten Punkt für Punkt folgen. Es wird u. a. festgestellt, daß sich die Redaktion des „Grundstein“ zu der Wahrheit bekennt, daß alle Religionsysteme Menschenwerk, aus den menschlichen Bedürfnissen hervorgegangen sind und daß in der Geschichte ihre Entstehung und Entwicklung nachweisbar ist. Die Leiter des „Fränkischen Volksblattes“ werden nicht darüber „aufgeklärt“, daß das die Unwahrheit ist. Doch um recht anschaulich zu machen, wie das klerikale Organ „aufklärt“, wollen wir einen Passus aus seinem Artikel vollständig wiedergeben:

S. 2: „Die Wahrheit steht höher als kirchliche Dogmen. Wir begreifen die wahre Göttlichkeit in der Vernunft, in der Wahrheit und in der menschlichen Gerechtigkeit.“

Auf den Vorwurf des prot. Warlers Schopfster, der (S. 41):

„Wir lassen den Herrgott nicht anspielen gegen das menschliche Recht! Wir dulben nicht, daß mit theologischen Dogmen der gesunde Menschenverstand erstickt wird.“ Zum Osterfest bejubelt der „Grundstein“ (S. 173) die Auferstehung — der Natur, und führt dann fort:

„Dogmenglauben gebiert keinen neuen glühenden Gedanken, keine neuen begeisterten Idee. Was er heute lebt und betet, das lehrte und betete er schon vor mehr als 1000 Jahren — untrügbar wie jetzt.“

Dann kommt der „Grundstein“ zum Abschluß (S. 361): Das ist sicher, daß der Weltliche Vater der er, d. h. die ganze Summe der sozialdemokratischen Prinzipien, ein besserer Beweis für den Arbeiter ist, als der Klerikalismus.“

In dieser Weise geht es fort. Das ist klerikale „Aufklärung“ der Arbeiter. Unserem „Maien-evangelium“ (Jahrgang 1905, S. 181) gegenüber, worin die ewige, unbesiegbare und allmächtige Naturkraft, die Quelle alles Lebens, bejungen wird, macht das Blatt folgende übernahme Bemerkung:

„Weisheit, hab nach! Und woher denn die ewige, allmächtige Kraft? Wie erhalten steht dem gegenüber das christliche Kind da, welches die Hände faltet und den Blick zum Himmel gerichtet betet: Ich glaube an Gott den Vater, allmächtigen Schöpfer des Himmels und der Erde!“

„Klerikale Weisheit, halt ein! Der Glaube des christlichen Kindes hat nichts gemein mit der Offenbarung der Wirklichkeit, mit dem von der wissenschaftlichen Forschung erbrachten Nachweis, daß die dogmatische

Lehre, ein allmächtiger Gott habe die Welt in sechs Tagen „erschaffen“, ein frommes Märchen ist, das sich den Schöpfungslegenden der Mythologie der alten Heiden anpaßt. Die Leser des „fränkischen Volksblattes“ werden dann damit bekannt gemacht, daß wir nicht an einem überirdischen Erlöser, sondern an das durch die ganze geschichtliche Entwicklung bewiesene Faktum glauben, daß sich die Menschheit selbst erlösen muß durch eigene Kraft von allem Leid, allem Unheil; daß es eine andere Erlösung nicht gibt. Wenn es den theologischen Weisen möglich ist, uns des Irrthums zu überzeugen, weshalb verfügen sie das nicht?

Als „das Argste“ wird uns folgende Ausschaltung angerechnet:

„Freilich, in den Augen der guten Christen“, der „Ordnungsmänner“, sind wir „Skeletten“. Ein „Rebell“ war auch der Nazarener.“

Ist das etwa nicht wahr? Lügt selbst das Evangelium, worin erzählt wird, daß der Nazarener als Hochverräter den Schächertod am Kreuze erleidet musste?

Auch das, was wir gegen Pfafferei geschrieben haben, merkt das Klerikale Blatt uns als „Sünde wider die Religion“ an. Nun, diese „Sünde“ beginnt auch der Stifter des Christentums, indem er sein Verdamnisurteil über die Pharisäer und Christgelehrten fällt. Das christliche Pharisäertum ist wohl nicht besser als das ehemalige jüdische.

Alles in allem will das „fränkische Volksblatt“, wie am Schluß seines Artikels zum Ausdruck kommt, mit seiner Kritik den katholischen Arbeitern einen heiligen Abschluß vor dem „Grundstein“ bringen, in dessen Grundästen „von dem, was man unter Christentum und Religion versteht, keine Spur mehr vorhanden ist“. Dieses Wörtchen „versteht“ ist kostbar. Wir verstehen unter echtem Christentum und wahrer Religion etwas anderes und besseres, als was die Theologie darunter verstanden wissen will. Darüber haben wir uns ja oft genug eingehend gedacht. Deshalb verhängt schließlich das klerikale Blatt über den gottlosen „Grundstein“ das Anathema:

„Kennen christliche Hausväter ein solches Blatt in ihren Familien dulden, ohne daß sie erröten müssen vor ihren Hausegenossen?“

Deshalb wurde eine weitere Organisation der Bauarbeiter Deutschlands geradezu eine Notwendigkeit. Sie ruht auf christlicher Grundlage und nennt sich: „Zentralverband christlicher Bauarbeiter und Bauhülfearbeiter Deutschlands“.

Das Organ in die „Bauwirtschaft“. Dieser Verband auf christlicher Grundlage bietet den ein und überzeugenden Mitgliedern — wie auf bestimmte beschränkt wurde — ganz dieselben Vorteile.

Hochachtung den Männern, die von der Notwendigkeit durchdringen, den Mut hatten, den christlichen Verband zu gründen!

Hochachtung den christlichen Arbeitern, die, für ihre zielgerichteten Interessen sorgen, die zugleich ihr christliches Kennnis hochhalten und den Mut hatten, in ihren Gemeinden die Fahne der christlichen Gewerkschaft aufzupflanzen und zu verteidigen!

Hochachtung denen, die nicht seige den Terrorismus und Spott der Sozialdemokratie fürchten, die keinen Glauben und Vertrauen ihr zeitliches und ewiges Glück aufzubauen auf dem wahren Grunde und Gedanken — Christus — außer welchem kein Heil ist für die menschliche Gesellschaft.“

Wir wollen diese Leistung spekulativen pfäffischen Geistes hiermit gebührend niedriger gehängt haben. Wir glauben, es wird mancher katholische Arbeiter erröten darüber, daß man ihm, wie einem unmündigen Kind, mit solchen Mahnungen zu kommen wagt. Uns wird von klerikaler Seite der schwerste Vorwurf daraus hergeleitet, daß wir die Sache der Arbeiterklasse gegen den theologischen Terrorismus verteidigen. Und hier wird wieder unter Berufung auf religiöse Dogmen Propaganda gemacht für eine christliche Gewerkschaft, einen Verband „auf christlicher Grundlage“.

Das ist das alte klerikal-demagogische Spiel. Es wird aber seine Zeit bald dahin haben. Wie seither so wird es auch fortan das Gegenteil von dem bewirken, was es bewirken soll. Davor wird die Entwicklung unserer Organisation in Franken bald Zeugnis ablegen. Die „roten Maurergenossen“, die „Sozi“, werden es an erfolgreicher Betätigung ihrer Werktätigkeit nicht fehlen lassen.

So, nun hat der „Grundstein“ wieder mal das Wort gehabt. Er wird es noch oft haben.

Ein Mahnwort an alle Maurer Deutschlands.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands gibt seit einigen Jahren zu Beginn des Frühjahrs eine Flugschrift heraus, die den läblichen Zweck verfolgt, der Kollegenschaft zu zeigen, wie die Organisation wirkt, welchen Einfluß sie auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausübt und

wie notwendig es für alle Arbeiter ist, in straffer Gemeinschaft immer aufs neue für die weitere Verbesserung und endgültige Sicherstellung ihrer Lebenshaltung zu kämpfen. Der diesjährige Mahn- und Werkuft an alle Maurer Deutschlands soll in den nächsten Tagen in einer Auflage von 300 000 Exemplaren zur Verbreitung gelangen, und wir dürfen uns wohl der Hoffnung hingeben, daß sich die Menschheit selbst erlösen muß durch eigene Kraft von allem Leid, allem Unheil; daß es eine andere Erlösung nicht gibt.

Wenn es den theologischen Weisen möglich ist, uns des Irrthums zu überzeugen, weshalb verfügen sie das nicht?

Als „das Argste“ wird uns folgende Ausschaltung angerechnet:

„Freilich, in den Augen der guten Christen“, der „Ordnungsmänner“, sind wir „Skeletten“. Ein „Rebell“ war auch der Nazarener.“

Ist das etwa nicht wahr? Lügt selbst das Evangelium, worin erzählt wird, daß der Nazarener als Hochverräter den Schächertod am Kreuze erleidet

Auch das, was wir gegen Pfafferei geschrieben haben, merkt das Klerikale Blatt uns als „Sünde wider die Religion“ an. Nun, diese „Sünde“ beginnt auch der Stifter des Christentums, indem er sein Verdamnisurteil über die Pharisäer und Christgelehrten fällt. Das christliche Pharisäertum ist wohl nicht besser als das ehemalige jüdische.

Alles in allem will das „fränkische Volksblatt“, wie am Schluß seines Artikels zum Ausdruck kommt, mit seiner Kritik den katholischen Arbeitern einen heiligen Abschluß vor dem „Grundstein“ bringen, in dessen Grundästen „von dem, was man unter Christentum und Religion versteht, keine Spur mehr vorhanden ist“.

Dieses Wörtchen „versteht“ ist kostbar. Wir verstehen unter echtem Christentum und wahrer Religion etwas anderes und besseres, als was die Theologie darunter verstanden wissen will. Darüber haben wir uns ja oft genug eingehend gedacht. Deshalb verhängt schließlich das klerikale Blatt über den gottlosen „Grundstein“ das Anathema:

„Kennen christliche Hausväter ein solches Blatt in ihren Familien dulden, ohne daß sie erröten müssen vor ihren Hausegenossen?“

Deshalb wurde eine weitere Organisation der Bauarbeiter Deutschlands geradezu eine Notwendigkeit. Sie ruht auf christlicher Grundlage und nennt sich: „Zentralverband christlicher Bauarbeiter und Bauhülfearbeiter Deutschlands“.

Das Organ in die „Bauwirtschaft“. Dieser Verband auf christlicher Grundlage bietet den ein und überzeugenden Mitgliedern — wie auf bestimmte beschränkt wurde — ganz dieselben Vorteile.

Hochachtung den Männern, die von der Notwendigkeit durchdringen, den Mut hatten, den christlichen Verband zu gründen!

Hochachtung den christlichen Arbeitern, die, für ihre zielgerichteten Interessen sorgen, die zugleich ihr christliches Kennnis hochhalten und den Mut hatten, in ihren Gemeinden die Fahne der christlichen Gewerkschaft aufzupflanzen und zu verteidigen!

Hochachtung denen, die nicht seige den Terrorismus und Spott der Sozialdemokratie fürchten, die keinen Glauben und Vertrauen ihr zeitliches und ewiges Glück aufzubauen auf dem wahren Grunde und Gedanken — Christus — außer welchem kein Heil ist für die menschliche Gesellschaft.“

Wir wollen diese Leistung spekulativen pfäffischen Geistes hiermit gebührend niedriger gehängt haben. Wir glauben, es wird mancher katholische Arbeiter erröten darüber, daß man ihm, wie einem unmündigen Kind, mit solchen Mahnungen zu kommen wagt. Uns wird von klerikaler Seite der schwerste Vorwurf daraus hergeleitet, daß wir die Sache der Arbeiterklasse gegen den theologischen Terrorismus verteidigen. Und hier wird wieder unter Berufung auf religiöse Dogmen Propaganda gemacht für eine christliche Gewerkschaft, einen Verband „auf christlicher Grundlage“.

Das ist das alte klerikal-demagogische Spiel. Es wird aber seine Zeit bald dahin haben. Wie seither so wird es auch fortan das Gegenteil von dem bewirken, was es bewirken soll. Davor wird die Entwicklung unserer Organisation in Franken bald Zeugnis ablegen. Die „roten Maurergenossen“, die „Sozi“, werden es an erfolgreicher Betätigung ihrer Werktätigkeit nicht fehlen lassen.

So, nun hat der „Grundstein“ wieder mal das Wort gehabt. Er wird es noch oft haben.

Mittel zu gerechter Aufreizung gegen das zoll- und steuerpolitische Volksausplündersystem kann es nicht geben. So werden auch die unanfechtbaren Unterlagen gewonnen für die Forbering der Lohnherhöhung, die sich notwendig aus der Herrschaft dieses Systems ergibt. Alles in allem begreift sich in der regelrechten Aufstellung von Haushaltsetats eine vorzügliche wirtschafts- und sozialpolitische Schulung.

Kollegen, Maurer Deutschlands, beherztigte diese Mahnung. Lernet rechnen, damit Ihr nicht zurückstehet, wenn es gilt, gründliche Abrechnung mit der Politik des Unheils zu halten. Die Macht der Zahlen muß Eurem richtigen Empfinden zu Hilfe kommen.

Sehr viele Arbeiter haben ein schlechtes Gedächtnis für die Ungerechtigkeiten, die ihnen eine reaktionäre Politik im Laufe der Zeit zufügt. Alles das aber im Gedächtnis zu behalten, um nicht zu ermatten im Kampf für die Gerechtigkeit, ist außerordentlich wichtig. Das Gedächtnis und das gefundene Empfinden der Arbeiter beständig wach zu erhalten und zu schärfen ist notwendig, um Leidhabe zu verhindern, die gar leicht aus der Gewöhnung an jede Ungerechtigkeit entstehen kann. Mit dieser Gewöhnung rechnen die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes immer. Deshalb muß sie durch anstürrende, anspruchsvolle Propaganda verhindert werden. Einer solchen Propaganda soll und wird auch unsere Flugschrift dienen.

Bauarbeitsmitglieder, Maurer Deutschlands! Ihr dienet Eurer eigenen Sache und der Sache der ganzen Menschheit, wenn Ihr mit heiligem Eifer ans Werk gehtet, um neue Kämpfer zu werben.

Politische Umschau.

Viele Jahre schon hat der Reichstag in jeder Session die Frage der Beseitigung der landesgesetzlichen Beschränkungen des Vereinsrechts für Frauen durch Reichsgesetz beschäftigt. Meistens hat eine starke Majorität der Abgeordneten beschlossen, an den Reichskanzler das Eruchen zu richten, dabey zu wünschen, daß diese Beschränkungen aufgehoben und damit die Frauen auf vereinsrechtlichen Gebiete der männlichen Staatsbürgerschaft gleichgestellt werden. Bis jetzt hat die Regierung diese Forberung stets ignoriert, wie sie denn überhaupt einer rechtsgelebten Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts entschieden widerstrebt. Diese hat das Reichsdeutschland des Volkes schwer verlebende Haltung kann natürlich nicht Veranlassung sein, daß diejenigen, die von der Notwendigkeit der Einführung einer Reform überzeugt sind, ihr Bewußten, sie zu erreichen, einstellen. Im Gegenteil, immer wieder aufs neue müssen sie im Reichstage damit hervortreten. Das ist denn auch am letzten Sonntagtag auf Grund eines Antrages der beiden freisinnigen Fraktionen geschehen, nachdem erst kirchlich gelegentlich der großen sozialpolitischen Debatten von sozialdemokratischen Rednern diese Frage abermals erörtert worden war. Der Antrag ging wieder auf ein an den Reichstag zu richtendes Eruchen, für die vereins- und versammlungsrechtliche Gleichstellung der Frauen zu wünschen, hinaus. Vereinstimmung mit dem Begründer des Antrages, Dr. Bachmann, vertrat der sozialdemokratische Redner, Abgeordneter Sindermann, der sozialdemokratische Fraktion, daß sich diese Gleichstellung nicht, wie zwei von den Nationalliberalen und dem Zentrum eingebrachte Ämter wollten, nur auf die sozialpolitische Tätigkeit der Frauen beschränken soll, sondern daß den Frauen auch die Beteiligung an politischen Vereinen und Versammlungen zu gewähren ist.

Die Regierung beobachtete in der Verhandlung Schweigen. Am Bundesratssitz war nur einer ihrer Vertreter erschienen, Graf Posadowsky. Er nahm nicht das Wort. Der Antrag wurde von dem sehr schwach besetzten Hause mit großer Majorität gegen die Stimmen der Konserventen angenommen. Vor zwei Jahren erklärte Graf Posadowsky, es werde im preußischen Ministerium des Innern ein Entwurf vorbereitet, durch welchen den Frauen Gelegenheit zur Vertretung ihrer Interessen in Vereinen und Versammlungen gegeben werden soll. Man hat nichts mehr davon gehört. — In derselben Sitzung erfolgte die Verabschiebung des Antrages v. Chrzanowski und Genossen (Bsp):

„Die verhinderten Regierungen zu erachten, dem Reichstag einen Gesetzeswurf, betreffend die Abänderung des § 180 des Strafgesetzbuches vorzulegen, um dem Sinne des gedachten Paragraphen widersprechende Interpretation der Begriffe der „Gefährdung des öffentlichen Friedens“ sowie der „Aufreizung zu Gewalttäten“ seitens des Reichsgerichts Einhalt zu setzen.“

Somit der Nutzgitter, wie der sozialdemokratische Abgeordnete Siedthagen gehalten, den von der Justiz vielfach mit diesen Paragraphen getriebenen Missbrauch, der darauf hinausgeht, oppositionelle Meinungen, die in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen geäußert werden, zu unterdrücken. Auch Gewerkschaften haben ja die missbrauchliche Auslegung des § 180 oft genau erfahren. Während der Verhandlung des Antrags, der gegen die Stimmen der beiden konserventen Parteien und der Nationalliberalen angenommen wurde, war nicht ein einziger Regierungsrvertreter anwesend. Das ist allerdings befreiflich, denn rechtsgerichtige Vertreter sind mit Erfolg können die Herren die Tendenz und Klassenpolitik unmöglich. Also ist Schweigen die beste Antwort, die sie geben können.

„Doch Klasseninstanz im Deutschen Reich gefüllt wird, diese Tatsache, die täglich aufs neue Bestätigung erfährt, wollen die Herren von der Regierung, sowohl die Wirtschafts- und Organe der ordnungspolitischen Parteien nicht gelten lassen. Erst kirchlich wieder hat der Reichsjudiziar, Herr Neiburg, in Reichstage mit hoher förmlicher Eröffnung die Aufführung gegen den Vorwurf verleidigt, nicht unabhängig und vorurteilsfrei in politischen, in Streitfragen etc. zu sein. Jetzt nun hat die „Arbeitgeber-Zeitung“, das Organ der Schatzmacher, sich das unbestreitbare Verdienst erworben, darzulegen, daß es ganz

Selbstverständliche Klassenjustiz geben müsse. Sie schreibt: „Zu dieser ganz außerordentlich wichtigen Frage muss endlich ein offenes und klares Wort gesprochen werden. Es scheint in vielen Kreisen an beamteter und nicht beamteter Stelle die Ansicht zu bestehen, dass die Söhnin der Reichspflege auch in diesem Punkte beide Augen zu drücken muss... Selbstverständlich soll der Richter Klassenjustiz treiben, er soll stark und genau klaffen, und er soll die Kläfe der ihren bürgerlichen Pflichten nachkommenden Mitglieder des Staates vorläufig scheiden von der Kläfe jener Staatsverträge, die sich frech und gewissenlos von dieser Regelung losgelöst haben, denn das herrschende Recht, das der höchste Ausdruck der herrschenden Kultur ist, hat auch die Pflicht, diese Kultur zu schützen, und zu schützen vor allen gegen diejenigen, deren legitimes Endziel der Sturz dieser Kultur ist.“

Was die „Arbeiter-Zeitung“ hier in der Form des Bandes vorträgt, ist die tatsächlich längst geübte Praxis. Das Blatt fügt fort: „Wenn ein angehender Student einem Nachtmäher ein Sämannwort zutraut, so ist das gewiss keine Sache, die den Staat in Gefahr bringt, wenn aber anlässlich eines politischen Massenstreiks der Streikposten jedem Arbeitswilligen einen niedrigen Lumpensatz nennt, ihn von der Arbeit zurückdrängt, den Stillstand ganzer Fabriken erwirkt, der Industrie und dem öffentlichen Leben einen schweren Nachteil bringt, und alles dies nicht, wie er es vorlässt, um ein paar Preußische Goldmark zu erhalten im Dienste seiner revolutionären Partei, dann muss der Richter in dem Strafmaß für diesen Handlanger des Herrschers zum Ausdruck bringen, dass nicht allein die einzelne Verbal oder Real-Sühne, sondern das politische, staatsgefährliche Motiv, das hier zu Grunde lag, den Ausdruck gegeben hat.“

Das Schriftstellerorgan scheint also nicht, eine weitere Verstärkung der Klassenjustiz, ja die offensichtliche Vergewaltigung des Rechts durch die Justiz zu fordern. Nicht eine strafbare Tat, sondern die politische Gejünung soll Gegenstand der Anklage und des Urteils sein. Das ist soziale Freiheit, die direkte Ausforderung zum Verbrennen der Rechtsbezeugung. Aber sie wird doch wenigstens charakterisiert durch eine brutale Ehrlichkeit, die offen an die Gewalt der Autorität appelliert. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat dem Ausdruck gegeben, was die Masse der Ordnungspolitiker denkt und wünscht. Möge sie noch so heuchlerisch behaupten, dass es keine Klassenjustiz gibt. Ich doch diese Justiz notwendig gegeben, die gegen jegliche Klasseninteressen und dem sich stetig verschärrenden Klassenkampf.

* * *

Die Strafjustiz arbeitet wieder gegen die bösen „Umwälzer“. Im Monat Januar dieses Jahres wurden gegen Gewerkschaftler und sonstige Sozialdemokraten eine ganze Reihe Strafen von deutschen Gerichten verhängt: 19 Jahre 2 Wochen 4 Tage Gefängnis; 80 Wochen Haft und 2160 Geldstrafe.

Im Jahresbericht 1898 bis 1903 wurden über Verbrecher dieser Art verhängt: elfstürmiger Jahre Zuchthaus, zweihundert und fünfundzehzig Jahre Gefängnis und über Hunderttausend Mark Geldstrafe.

In derselben Zeit stieg die Zahl der Gemeinschaftsmitsieber auf über eine Million, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 2107000 auf 3025000 und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten von 58 auf 81.

Für den entsprechenden „Ausgleich“ ist immer gesorgt.

* * *

Ein erbauendes Bild preußisch-polizeilichen Terrorismus teilen die Monatsblätter des Lagerhalterverbands mit. Die Polizeiwerbung in Gardelegen richte an den Vorstand des dortigen Konsumvereins folgendes Schreiben:

„Es ist Anzeige darüber erstattet, dass der in Konsumverein angestellte Lagerhalter Dallabas der Sozialdemokratie angehört. Es liegt nicht im Interesse des Konsumvereins und es schädigt sogar das Ansehen desselben, wenn ein Mitglied dieser Partei als Lagerhalter oder in sonstiger Stellung beschäftigt wird.“

Den Vorstand wie dem Aufsichtsrat raten wir deshalb bringen, für die Einlassung des Dallabas baldmöglichst Sorge zu tragen und weiter dafür zu sorgen, dass Anhänger der Sozialdemokratie von jeder Anstellung ausgeschlossen bleiben, da andernfalls der Ausstoss aller im Staatsdienst usw. beschäftigten Mitglieder veranlaßt werden wird.“

Über das Geschehene ersuchen wir, uns binnen zwei Wochen Mitteilung zu machen.“

Wenn das keine widerrechtliche Rötigung ist, so gibt es eine solche überhaupt nicht.

* * *

Wie aus London berichtet wird, trägt sich die Arbeiterpartei mit der Absicht, einen Gegenentwurf einzubringen, durch den ausländischen Arbeitern die Landung in England unterfangt werden soll, wenn sie zum Ergräben streitender Arbeiter eintreten wollen. Nach einer weiteren Londoner Meldung ist die vielfach umstrittene Frage, ob es gefährlich sei, die Aussagen für parlamentarische Arbeitervertretung aus den Gewerkschaftskassen zu beziehen, vom Richter Owen in Cardiff entschieden worden, und zwar anlässlich folgenden Falles: Der Verhängniss der Vergeltung in Süd-Wales beschloss im Jahre 1901 mit Zweckstillemeine, eine Extrasteuere von einer Mark jährlich für politische Zwecke zu erheben. Ein Verbandsmitglied, das von solchen Zwecken nichts wissen will, wandte sich im vorigen Jahre an das Gericht mit dem Erischen, die Erhebung einer solchen Steuer als ungesehlich zu erklären, da Gewerkschaftsweisen und Politik nichts miteinander zu tun hätten. Er meinte, politische Arbeitervertretung sei im Gewerkschaftsgesetz nicht vorgesehen, die Sitzungen der Gewerkschaften dürften deshalb derartige Bestimmungen nicht enthalten. Die gerichtliche Verhandlung fand Ende Februar statt, aber der Richter erbat sich einige Zeit, die einschlägigen Gesetze und Urteile genauer durchlesen zu können, da der Prozess eine groÙe politische Bedeutung habe. Der Richter gab dann am 9. März sein Urteil dahin ab, dass die Klage abgewiesen werden müsse, denn die politische Förderung der Gewerkschaftsinteressen verstöse nicht gegen das Gesetz.

* * *

Über die Art, wie öffentliche Gelder verwendet werden, erfährt man immer wundersame Neugkeiten. In M.-Glabbach hatte der deutsche Legilarbeiterverband ein Losal zu einer öffentlichen Legilarbeiterveranstaltung gemietet. Der Mietvertrag war schriftlich abgeschlossen, in ihm war für den zurückstehenden Teil auch eine Konventionalstrafe festgesetzt. Als der Arbeiter zur Veransammlung kamen, hatte bereits ein Polizeikommissar mit einer Schwarmstruppe vor dem Losal aufgestellt, um irgend welchen Eventualitäten vorzubeugen. Als der Einherifer der Versammlung in das Losal kam, erklärte ihm der Wirt, dass er seine Zulage zurückzuzahlen habe, „die habe der Polizeikommissar übernommen“. Es scheint also, als wenn in M.-Glabbach öffentliche Gelder dazu benutzt werden, um die Agitation der Gewerkschaften abzuzeigen. Freilich gelingt dies nur mit den freien Gewerkschaften, die ungefährlichen konfessionellen Berufsorganisationen, die sich den Staub der dortigen Legilarbeiter verhindern. Der größte Lust der Behörden ist selbstverständlich der grösste Lust der Behörden. Die Stadtverwaltung von M.-Glabbach wird nicht umhin können, zu diesem Dorkommis Stellung zu nehmen. Wenn sie es nicht tut, wird man zu der Annahme gelangen müssen, dass die Begehung des betr. Wirtes wahr ist. Das wäre allerdings eine Ungehörigkeit ohnegleichen.

* * *

lich des Lohnes- und sonstiger Kategorien zu unterbreiten. Die Forderungen der Kollegen sind sehr, allzuviel bescheiden: sie fordern 35 Pf. Stundenlohn. Die Unternehmer haben auf die förmliche Einreichung der Forderungen nicht reagiert. Das müsste unser Kollegen in Erkennen legen, denn nach Lage der Sache könnten die Unternehmer gar nichts Altherres tun, als die Forderung in aller Ruhe zu bewilligen. Sollte dessen antworteten sie aber nicht einmal auf das Schreiben der Rohrkommision. Es ist nun ermittelt, was den Unternehmern so sehr den Rücken stärkt.

Zwei Geistliche haben den Unternehmern geraten, die Forderungen nicht zu bewilligen, sie würden ihnen willige und billige Arbeitkräfte in Überschuss verschaffen. Diese beiden würdigen Vertreter der christlichen Kirche sind die Berufsschreiber Pastor J. Rosenberg in Lötzen, Past. Sonnenheim, und der Superintendent Harhausen in Ostrowo. Welche Spielart des heutigen Christentums diese beiden Edlen vertreten, wissen wir nicht: ob katholisch oder evangelisch — es ist ja auch schließlich gleichgültig, seitdem Heinrich Heine und Georg Herwegh ihr Urteil in dieser Sache abgegeben haben. Der wadere Rosenberg hat schon eifrig Erfahrung in der Anwerbung fremder Arbeitkräfte; er ist aktiv tätig gewesen bei dem Import der Russen usw. nach den rheinisch-westfälischen Industriestädten. Auch die in Ostrowo benötigten arbeitswilligen Maurer sollen aus Rusland bezogen werden. Augenblicklich ist der Pastor damit beschäftigt, russische Arbeiter als „Ausfließer“ nach Deutschland zu führen. Es wäre nun sehr interessant, zu wissen, wer diese zwei ehrenwerten Männer für ihre Tätigkeit bezahlt, wir sind aber leider darüber nicht unterrichtet.

Nach alledem ist anzunehmen, dass, wenn unsere Kollegen freiwillig, die beiden Geistlichen Arbeitswillige, Streikbrecher herbeischaffen. Wir haben also dann die Quintessenz des heutigen — sozusagen — Christentums in unverfälschter Meinheit: bei dem Kampf der rechlosen, unterdrückten Arbeiter für Recht und Brot treten Geistliche, Verbündete der Lehre, das „her ein Stamme durch Nadelöhr, als ein Reicher ins Himmelreich kommt“, offen auf die Seite der Unternehmer! Wir geben gern zu, in der Bibelthese nicht so beschlagen zu sein, wie diese beiden Herren, denen sie das tägliche Brod bieten muss, aber unserer geringe Kenntnis genügt, um festzustellen, wie sehr sie sich mit der Lehre Christi in Widerprud seien: Matth. 6. Vers 24 steht geschrieben: „Sie können nicht Gott dienen und dem Teufel.“ Die beiden Berufsschreiber aber dienen dem Mammon, dem Kapital gegen die Arbeiter, gegen die Armen, von denen es Matth. 25. Vers 40 heißt: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ So besticht die christliche Lehre; die beiden Streikbrecheragenten im geistlichen Gewande aber handeln nicht im Geiste dieser Lehre; sie preisen wohl-Christi in Worten, aber sie leugnen sein mit der Tat. Für sie gilt das Wort: „Es werden nicht alle, die zu mir sagen Herrl Herrl in das Himmelreich kommen, sondern die den Willen tun meines Vaters im Himmel.“

Und kann es schließlich nur lieb sein, wenn diese beiden in unserem Vertrieben unterliegen, die Arbeiterschaft der Einstufphäre einer heuchlerischen Pfafferei zu entziehen, denn wer die „Stellvertreter Gottes“ in einer solchen Rolle hat wirken sehen, wird von ihnen für alle Zeiten genug haben.

* * *

In Schiedemühl haben die Unternehmer ein arges Stück von Gewalttat geliefert. Dort schwanden Unterhandlungen wegen Verlängerung des bestehenden Tarifs. Da die Unternehmer nur eine Zulage von 1 1/2 pf. gewähren wollten, zogen es die Kollegen vor, ohne Vertrag zu arbeiten. Darauf haben die Krauter plötzlich, ohne dass irgend etwas vorausgegangen war, am 17. März sämtliche Maurer entlassen. Sofort nach Gefangshof zur Stelle: 50 Söhne des sonnigen Thaliens hielten, begleitet von der unvermeidlichen Polizei, ihren Einzug und nahmen Quartier in der — königlichen Eisenbahnwerkstatt. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Streikleitung von Waldenburg i. Sch. ersucht uns, berichtigend mitzuteilen, dass der orisibliche Lohn, der den Maurern auf der Spiegelhütte vorenthalten wird, nicht 30, sondern 35 Pf. beträgt.

Gau Dresden. Im Großenhainer Bezirk, wo der Lohn schon in den achtziger Jahren 25 Pf. pro Stunde betrug und in den neunziger Jahren ab und zu über 30 Pf. pro Stunde stieg, beträgt der Stundenlohn jetzt 27 und 28 Pf., ja auch 29 Pf. In den übrigen Bezirken der Kreishauptmannschaft Dresden ist der Lohn um 5 bis 15 Pf. pro Stunde gestiegen. Ohne Streiks ist von unseren sächsischen Unternehmern nichts zu erreichen. So blieb auch den Großenhainer Kollegen nichts anderes übrig, als zum Streit zu greifen. Vorläufig sind die Baumeister Niemer und Möller angeklagt. Sämtliche 20 Kollegen haben am 18. März die Arbeit niedergelegt. Die Hauptforderungen sind: 29 Pfunden und 25 Pf. Lohn pro Stunde.

Von Meissen war gemeldet, dass die Sperrre über das Kollerepwert ein schnell Erledigung gefunden habe. Die Meldeung war verfehlt; wohl waren die Differenzen mit unseren Kollegen beigelegt; aber nicht die mit den Zimmermern. Dadurch ist die mit den Maurern getroffene Vereinbarung gar nicht erfüllt zur Gelung gekommen. Die Sperrre besteht also noch weiter.

In Lötz haben die Kollegen am 15. März, 23 an der Basl, die Arbeit niedergelegt. Da sich die Unternehmer der Forderung der Geistlichen, zehnständige Arbeitszeit und 28 Pf. Stundenlohn, unzüglichig zeigten, so blieb nichts anderes übrig, wenn die Kollegen nicht endgültig auf jede Verbesserung der Arbeitsverhältnisse verzichten wollten.

Der Unternehmer Schleitner in Orlitzberg a. d. S. hatte bekanntlich am 21. August des vorigen Jahres die

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen), Itzehoe (Streik der Bauarbeiter), Lauenburg (Sperre über Basedow), Schleswig (Aussperrung angedroht);

Mecklenburg:

Schwerin (Sperre über Ferd. Stange);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Jarmen (Sperre über Brandt und Heidschmidt), Stralsund (Sperre über Hasselmann und Albrecht), Lottz (Streik);

Ost- und Westpreussen:

Könitz (Aussperrung), Marienwerder (Differenzen), Königsberg (Sperre über Tietz);

Posen:

Schneidemühl (Aussperrung);

Schlesien:

Rauschwalde b. Görlitz (Sperre über Unternehmer Pauli), Waldenburg (Sperre über die Spiegelhütte auf Kolonie Sandberg), Ohlau (Sperre über Nippert in Baumgarten);

Brandenburg:

Spandau (Sperre über die Unternehmer Leo und Rösch), Strasburg i. d. Uckermark (Sperre über Döring);

Braunschweig:

Blankenburg 2. Harz (durch Zimmererstreik in Mitleidenschaft gezogen);

Provinz Sachsen:

Halberstadt (Massregelung);

Königr. Sachsen:

Lipzig (Gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Halleschestrasse), M. Klenke in Möckern, Halleschestrasse, R. Hippel in Leipzig-Anger, Weissenburgerstrasse), Taucha (Sperre über Richter-Hohenleina), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg (Aussperrung), Grossenhain (Parteilicher Streik), Meißen (Sperre über das Kollerepwert);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch);

Reichsprovinz und Westfalen:

Braunschweig bei Düsseldorf (Sperre über Judick), Gütersloh (Aussperrung);

Hannover und Lippe:

Burgdorf (Sperre über Allerding), Visselhövede (Sperre über Cohrs und Köster), Pyrmont (Streik), Melle (Parteilicher Streik);

Hessen:

Wittenhausen (Sperre über Maurermeister Oehm, Grossalmerode);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Sperre über den Unternehmer Neurohr), Mundenheim (Sperre über die Fabrik Giulini);

Elsass-Lothringen:

St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg).

Religiousdiener als Streikbrecher-Agenten.

Der alte Erfahrungegrundlage, dass sich das heutige offizielle Christentum von Amts wegen zur Wahrung der Ausbeuterverhältnisse berufen führt, wird wieder einmal bestätigt durch ein Vorurteil.

In Ostrowo, in der Provinz Posen, haben sich die beiden dort bestehenden Maurerorganisationen, nämlich der Zweigverein unseres Verbandes und die polnische Maurervereinigung, zusammengefunden, um den Unternehmern Forderungen bezüg-

Maurer ausgesperrt. Im Winter war die Aussperrung zwar gegenstandslos geworden; da er sich jetzt aber immer wieder weigert, die Aussperrung zurückzunehmen und die befreidenden Forderungen zu bewilligen, so geht der Kampf von neuem los.

Gau Magdeburg. Die Lohnbewegung im Gebiet des Gaus scheint in diesem Jahre sehr umfangreich zu werden. Bissher haben 41 Zweigvereine bzw. Lohngebiete dem Gauvorstand mitgeteilt, daß sie Gewalt teilen, den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Gedachten ist das in folgenden Lohnbezirken:

In **Ahnsleben** war die Forderung 5 ♂ Lohnerhöhung. Die Unternehmer verhalten sich ablehnend. Ob es zum Kampf kommt, soll erst später entschieden werden.

In **Arendsee**, das die Kollegen 27 bis 33 ♂ gefordert. Dem stimmen die Unternehmer zu, wenn die Mindestgrenze des Lohnes auf 25 ♂ gesetzt würde. Durch das Einbrechen des Vorstandes wurde dann der schon abgeschlossene Bund umgestoßen und die Unternehmer verpflichtet, einen Lohnzettel von 30 ♂ zu zahlen. Im nächsten Jahr soll dann auch die erste Stunde abgeschafft werden.

In **Blaumberg** forderte man 4 ♂ Lohnerhöhung. Das Angebot der Unternehmer, 2 und 3 ♂ Lohnerhöhung einzutreten zu lassen, wurde am 14. März mit 104 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Ob damit die Bewegung abgeschlossen ist, bleibt abzuwarten, da die Zimmerer das Angebot der Unternehmer zurückweisen und sofort in den Streit traten.

In **Biere** wurden 2 ♂ Lohnerhöhung gefordert. Das Angebot der Unternehmer lautete auf 1 ♂. Die Entscheidung steht noch aus.

Croppenstedt: Forderung 5 ♂ Lohnerhöhung. Feststellung eines Mindestlohnes von 33 ♂. Die Unternehmer haben die Forderung mit der Entlastung des Zweigvereinsvorsitzenden beantragt. Die Antwort, die unsere Kollegen zur voraussehenden Zeit erforderten lassen werden, wird auch deutlich ausfallen.

In **Egeln** hat die Forderung auf 5 ♂ Lohnerhöhung und Festlegung eines Mindestlohnes von 38 ♂ bisher nur ein kleiner Unternehmer anerkannt, die übrigen haben noch nichts von sich hören lassen.

In **Egeln** sind die Kollegen um eine Leistungszulage eingekommen. Der Wortlaut der Forderung ist dem Gauvorstand nicht mitgeteilt. Eine über den Unternehmer Brüder wegen Lohnreduzierung verhängte Bausperre könnte, nachdem der Gauvorstand vermutlich eingegriffen hätte, aufgehoben werden.

In **Neuhaldensleben** sollte laut Abmachung vom Vorjahr am 1. Mai der Lohn auf 38 ♂ auf 38 ♂ erhöht werden. Die Verhandlungen über die Abschließung eines Arbeitsvertrages sind bis auf einige Unstimmigkeiten, die noch auszugehen sind, erledigt. Tritt der Vertrag in Kraft, so gilt der Lohnzettel von 38 ♂ in 14 Orten. In 37 Orten der weiteren Umgebung sollen 35 ♂ gezahlt werden. Hier wird es ohne Kampf nicht abgehen.

In **Osterwieck** betrug bisher der Lohn laut Tarif für Osterwieschen 37—39 ♂ für Hornhausen 38—37 ♂. Die Forderung lautet auf 6 ♂ Lohnerhöhung. Die Unternehmer bieten bei zweijährigem Verträge für Osterwieschen 40 ♂ für Hornhausen 38 ♂ Einzelzulage. Bei dreijährigem Verträge das erste Jahr 40 bezw. 38 ♂, das zweite und dritte Jahr 42 bezw. 40 ♂ Einzelzulage. Die Kollegen verlangen zweijährigen Vertrag und die zweite Lohnerhöhung für 1907. Da die Unternehmer bei ihrem Angebot stehen bleiben, sind die Verhandlungen auf dem roten Punkt angelangt.

In **Osterwieck** fordern die Kollegen 5 ♂ Lohnerhöhung. Weder Standpunkt der Unternehmer einnehmen, ist dem Gauvorstande bisher nicht mitgeteilt.

Auch in **Sachsenleben** werden 5 ♂ Lohnerhöhung gefordert. Eine Antwort der Unternehmer ist noch nicht erfolgt.

In **Schönhausen** verhalten sich die Unternehmer der Forderung von 6 ♂ Lohnerhöhung gegenüber ablehnend. Die Kollegen haben deshalb beschlossen, nach dem 1. April abzurücken.

Die Kollegen in **Wolmirstedt** fordern 8 ♂ Lohn erhöhung. Die Unternehmer wollen für dies Jahr 8 ♂ und für das nächste Jahr 1 ♂ bewilligen. Stammbücher sind unsere Wolmirstedter Kollegen nicht; erst stellen sie ihre Forderungen, und wenn dann die Unternehmer nicht sofort bewilligen, machen sie den Zurückzieher, obwohl sie nicht die geringste Veranlassung dazu hatten.

Gau Dortmund. In den beiden größten Orten unseres Bezirks, wo wir für dieses Jahr Lohnbewegungen zu erwarten hatten, sind sie bereits durch Abschluß von Verträgen beendet. In **Duisburg**, wo der bestehende Tarif am 1. April d. J. abläuft, forderten unsere Kollegen 68 ♂ und neunehnalbstündige Arbeitszeit. Bei der ersten Verhandlung am 19. Februar boten die Unternehmer 58 ♂ Stundenlohn vom 1. April d. J. und 55 ♂ Stundenlohn vom 1. April 1907 an. Außerdem waren sie nicht abgeneigt, vom 1. April 1908 58 ♂ Stundenlohn und die neunehnalbstündige Arbeitszeit zu bewilligen. Bei der zweiten Verhandlung am 6. März wurde das letztere strikt abgelehnt, da, wie die Unternehmer zu verstehen gaben, sich der "Direktor" des Arbeitsgerberbundes um den Anschluß der Duisburger Unternehmer an den Bund bemüht hat und ihnen bei dieser Gelegenheit wohl klar gemacht hat, daß auch der Duisburger Vertrag mit dem rheinisch-westfälischen zugleich ablaufen müsse. Nach längstem Handeln erklärten sich die Unternehmer bereit, vom 1. April eine Lohnerhöhung von 3 ♂ und vom 1. Oktober um weitere 2 ♂ einzutragen zu lassen. Um übrigens leicht im allgemeinen der alte Tarif beizubehalten, unsere Mitglieder haben diesen Vereinbarungen am 12. März ihre Zustimmung gegeben.

Auch in **Wünster** läuft der bestehende Vertrag am 1. April dieses Jahres ab. Hier forderten unsere Kollegen 52 ♂ und zehnhalbstündige Arbeitszeit. Nachdem die Forderungen den Unternehmern zugestellt waren, schlossen sich diese dem rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbund an und beantragten nun, die Lohnfeste durch das Einigungssamtes zu entscheiden. Zu der am 12. d. M. in Münster stattgefundenen Sitzung des Einigungssamtes ist nun im großen und ganzen der rheinisch-westfälische Vertrag vereinbart, mit der Bedingung, daß vom 1. April an die zehnhalbstündige Arbeitszeit eingeführt wird und der Stundenlohn von 45 ♂ auf 49 ♂ erhöht wird. Vom 1. April 1907 steigt

der Stundenlohn auf 51 ♂. Auch hier haben die Kollegen in ihrer Versammlung den Vereinbarungen zugestimmt. In einer Anzahl kleinerer Orte, wo den Unternehmern Forderungen zugestellt sind, wird es dagegen anscheinend zum Kampfe kommen.

Unsere Kollegen in **Melle** haben bei drei Unternehmen, U. Bäuer, Firme Becker und H. Knigge, Donnerstag, den 8. März, die Arbeit niedergelegt, nachdem der Unternehmer U. Bäuer, die Forderungen unserer Kollegen schriftlich anerkannt hatte. Bei den drei Unternehmen kommen 52 Kollegen, 38 Verbraucher mit 58 Kindern und 14 Lehrlinge in Berat. Von diesen werden wir im Laufe dieser und der nächsten Woche eine größere Anzahl anderweitig unterbringen können, so daß nur wenige zu unterstützen sein werden. Arbeit ist hier gegenwärtig sehr viel, und es ist zu hoffen, daß die Unternehmer bald beschwigen werden. Die Unternehmer, die anfangs 24 ♂ pro Stunde bewilligt hatten, haben dieses Zugeständnis zurückgezogen. Der Unternehmer Bäuer erklärte, nach reiflicher Überzeugung wären sie zu der Überzeugung gelangt, daß, wenn sie dies Zugeständnis von 24 ♂ pro Stunde aufrecht erhalten, die Landarbeiter ihnen Konkurrenz machen würden. Das steht aber nur eine leere Ausrede zu sein, denn nachweislich hat der Unternehmer Bäuer für seine Gefolgsleute vom Bauarbeiter $\frac{1}{4}$ erhalten, während der Geselle nur 2,75 erhält; für Bauarbeiter wurden gleichfalls $\frac{1}{4}$ verrechnet, während sie nur 1,50 pro Tag erhalten. Das ist eine nette Einnahme, und wir begreifen deshalb auch, daß es ihnen mehr tut, wenn sie nunmehr, von dem Mehrwert etwas abgezogen, sollen in Form eines höheren Stundenlohnes. Auch bei Ablaufarbeiten scheint der Herr dem Wahlprinzip zu huldigen: erst kommt ich, dann komme ich nochmal, und was dann übrig bleibt, kann derjenige erhalten, der die Werte geschaffen hat. Vor vier Jahren hat einmal der Unternehmer Bäuer seine Gefolgsleute Ablaufarbeiten ausführen lassen. Als die Arbeit ausgemessen war, sollte Bäuer unseren Kollegen M. 170 zahlen, aber M. 100 wurden nur bezahlt und M. 70, behielt Herr Bäuer. Als unsere Kollegen ihn wiederholt daran erinnerten, daß er den deutschrömischen Ausdruck: "Das Geld ist viel besser in meiner Tasche" erfuhr, schrieb er: "Das war zu einer Zeit, als unsere Kollegen an einer Organisation noch nicht dachten. Heute, nachdem unsere Kollegen sich organisiert haben, wollen sie sich eine beratige nichtwürdige Bevölkerung nicht mehr gefallen lassen. Und sie haben sie den Kampf aufgenommen in der Hoffnung, den Unternehmern es klar machen zu können, daß ein Stundenlohn von 38 ♂ nicht zuviel ist bei diesen teuren Zeiten. Der Zugang nach Melle ist freigekauft.

In **Grevesmühlen** hatten die Unternehmer für dies Jahr vom 1. April an eine Lohnerhöhung von 35 auf 37 ♂ in der Stadt und von 38 ♂ für Landarbeit geboten. Dies Angebot lehnten die Kollegen ab, und beantragten die Lohnkommission, um eine nochmalige Unterhandlung nachzuführen. Dies kam nun bereits stattgefunden. Die Unternehmer erklärten, nicht mehr als 37 ♂ für Landarbeit zahlen zu können. Es ist das Ausmaß, wenn sie noch eine weitere Erhöhung wünschen, und noch Landarbeit 39 ♂ gewähren würden. Ein Brüder hierüber steht noch aus. Jedoch ist auch hier die Aussicht vorhanden, daß ein beiderseits befriedigender Abschluß erreicht wird.

In **Großburg** hatten die Unternehmer für dies Jahr vom 1. April an eine Lohnerhöhung von 35 auf 37 ♂ sowie eine Festlegung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden pro Tag im Sommer. In die Arbeitsordnung soll eine Festsetzung der Einnahmen, wonach alle Ablaufarbeit verboten ist. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von 6½ Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends nach 6 Uhr werden die Überstunden mit 5 ♂ pro Stunde Aufschlag bezahlt. Wird in den folgenden Tagen Sonntags gearbeitet, so werden den Maurern 70 ♂, den Bauarbeitern 50 ♂ pro Stunde bezahlt. Für Tafelarbeit wird der Stundenlohn um 5 ♂ erhöht. Würfen Materialien vom Lagerplatz mitgenommen werden, so wird um 6½ Uhr Morgens vom Platz weggefahren. Bauhafen und Aborte werden aus allen Neubauten hergestellt und muß die erste im Winter bezahlt sein. Der Lohn wird jeden Sonnabend am Bau ausbezahlt. Eine Kündigung des Arbeitsvertrittes findet nicht statt. Zum Weitern werden den Maurern Bürsten geliefert oder es werden ihnen 20 ♂ Bürstengeld pro Tag gezahlt. Stemmgeschäft muß auch geliefert werden. Erfordern auswärtige Arbeiten von den Arbeitern Kosten, so hat der Unternehmer sie zu erfüllen. Der Tarif ist zwischen den Unternehmern und unseren Lohnkommission unter Zeilnahme eines Mitgliedes des Gauvorstandes vereinbart worden. Der neue Tarif tritt am 1. April in Kraft.

In **Witten** sind die Kollegen mit den Unternehmern einen Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen. Nach dem neuen Tarif wird vom 1. Mai 1906 bis 31. März 1907 bei zehnhalbstündiger Arbeitszeit der Lohn pro Stunde 48 ♂ beträgt, und vom 1. April 1907 bis 30. April 1908 steigt der Lohn auf 52 ♂ pro Stunde und beträgt die längste Arbeitszeit im Sommer neunehnalbst Stunden.

Die Unternehmer in **Schleswig** verlangen von unseren Kollegen die Anerkennung eines von ihnen einseitig aufgestellten Tarifs. Da sich die Kollegen dessen weigern, haben sie die Aussperrung angedroht.

Gelehrte Nachrichtung des Verbandsverstandes.

"Arbeit und Kultur". Die dritte Auflage des unter diesem Titel von uns herausgegebenen Buches ist vergessen. Wir sind aber bereit, eine vierte Auflage des Buches herstellen zu lassen, wenn noch genügend Bestellungen eingingen.

Weitere Bestellungen erwarten wir recht bald.

Agitation und Flugblattverbreitung. Auch in diesem Jahre muß mit dem beginnenden Frühjahr eine umfassende Agitation betrieben werden, um die nichtorganisierten Kollegen unseres Verbands aufzuführen.

Die Agitation soll eingeleitet werden durch eine allgemeine Hausagitation, die in allen Orten zu gleicher Zeit vom 25. März bis 1. April unter nichtorganisierten Kollegen vorzunehmen ist.

Zur Unterstützung und erleichterung der Agitation geben wir eine Flugschrift, 32 Seiten stark, heraus. Die Flugschrift soll den Verbandsmitgliedern und auch allen dem Verband nicht angehörigen Kollegen zugestellt werden, und zwar ersteren durch die "Grundstein"-Verbreiter und letzteren durch eigens dazu bestimmte Kollegen.

Wir bitten um Ihr schriftliches Einverständnis mit dieser Aktion und geben uns der Hoffnung hin, daß das gute Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen fortbestehen möge.

Der Vorstand der Zinnung der geprüften Baugenossenschaft, Teterow, 26. Februar 1906. H. Groß, Vorsteher.

Bisher beträgt der Stundenlohn 35 ♂ bei zehnhalbstündiger Arbeitszeit. Nach dem Angebot der Unternehmer würde sich die zehnhalbstündige Arbeitszeit ein Mehr von täglich 3 ♂ ergeben und dann erst vom 1. Januar 1907 an. Die Unternehmer dürften wohl selbst nicht daran glauben, daß die Kollegen hierauf hereinfallen. Die gebotenen 38 ♂ für 1908 und 1909 sind erst recht nicht dazu angelegt, das Angebot schwachhafter zu machen. Eine am 11. März kautgebaute gemeinsame

Versammlung der Maurer und Zimmerer lehnte denn auch das Angebot einstimmig ab. Gleichzeitig wurde die Lohnkommission beauftragt, den Unternehmern dieses mitzuteilen und um weitere Unterhandlung nachzuhuchen.

In **Neustadt** fordern die Kollegen 35 ♂ Stundenlohn und die zehnhalbstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer sind nur bereit, eine Lohnerhöhung von 2 ♂ pro Stunde einzutreten zu lassen. Die zehnhalbstündige Arbeitszeit wollen sie nicht gewähren. Gerner soll das Landgeld, das täglich 15 ♂ beträgt, noch für den Sonnabend gestrichen werden. Wo ausnahmsweise den Kollegen einmal Mittags warmes Essen bereitgestellt wird, soll das Landgeld ebenfalls in Begleitung kommen. Dies Angebot ist einstimmig abgelehnt worden. Die Kollegen beschließen nun, die Unternehmer zu einer mündlichen Unterhandlung einzuladen. Die Arbeitsgelegenheit ist gut, so daß wohl auf eine Erfüllung unserer Wünsche zu rechnen ist.

In **Witten** soll nach elf Monate langem Kampf die Unternehmer zu Kreuze gekreuzt. Es ist nun am 13. März zur Abschließung eines Arbeitsvertrages gekommen. Dieser tritt sofort in Kraft und gilt bis zum 31. März 1907. Es tritt eine Lohnerhöhung von 38 auf 37 ♂ in der Stadt, und von 34 auf 39 ♂ für Landarbeit, wo übertragen werden muss. Da die Arbeitszeitgleichheit sich noch nicht entwidmet hat und noch eine ganze Anzahl Kollegen arbeitslos sind, tun die Kollegen allerorts gut, den Zugang nach hier bis auf weiteres zu sperren. Aufgabe der Bürger der Kollegen ist, diese habe zu einer Organisation weiter auszubauen und für das nächste Jahr zu rüsten. Da bereits bis zum 1. November d. J. die neuen Forderungen für das nächste Jahr eingereicht werden müssen.

In **Grevesmühlen** hatten die Unternehmer für dies Jahr vom 1. April an eine Lohnerhöhung von 35 auf 37 ♂ in der Stadt und von 38 ♂ für Landarbeit geboten. Dies Angebot lehnen die Kollegen ab, und beantragen die Lohnkommission, um eine nochmalige Unterhandlung nachzuführen. Dies kam nun bereits stattgefunden. Die Unternehmer erklärten, nicht mehr als 37 ♂ für Landarbeit zahlen zu können. Es ist das Ausmaß, wenn sie noch eine weitere Erhöhung wünschen, und noch Landarbeit 39 ♂ gewähren würden. Ein Brüder hierüber steht noch aus. Jedoch ist auch hier die Aussicht vorhanden, daß ein beiderseits befriedigender Abschluß erreicht wird.

Gau Hamburg. Die Lohnbewegung in **Hamburg** ist als beendet zu betrachten. Die Unternehmer bewilligten eine Lohnerhöhung von 35 auf 37 ♂ pro Stunde, sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden pro Tag im Sommer. In die Arbeitsordnung soll eine Festsetzung der Einnahmen, wonach alle Ablaufarbeit verboten ist. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von 6½ Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends nach 6 Uhr werden die Überstunden mit 5 ♂ pro Stunde Aufschlag bezahlt. Wird in den folgenden Tagen Sonntags gearbeitet, so werden den Maurern 70 ♂, den Bauarbeitern 50 ♂ pro Stunde bezahlt. Für Tafelarbeit wird der Stundenlohn um 5 ♂ erhöht. Würfen Materialien vom Lagerplatz mitgenommen werden, so wird um 6½ Uhr Morgens vom Platz weggefahren. Bauhafen und Aborte werden aus allen Neubauten hergestellt und muß die erste im Winter bezahlt sein. Der Lohn wird jeden Sonnabend am Bau ausbezahlt. Eine Kündigung des Arbeitsvertrittes findet nicht statt. Zum Weitern werden den Maurern Bürsten geliefert oder es werden ihnen 20 ♂ Bürstengeld pro Tag gezahlt. Stemmgeschäft muß auch geliefert werden. Erfordern auswärtige Arbeiten von den Arbeitern Kosten, so hat der Unternehmer sie zu erfüllen. Der Tarif ist zwischen den Unternehmern und unseren Lohnkommission unter Zeilnahme eines Mitgliedes des Gauvorstandes vereinbart worden. Der neue Tarif tritt am 1. April in Kraft.

In **Witten** sind die Kollegen mit den Unternehmern einen Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen. Nach dem neuen Tarif wird vom 1. Mai 1906 bis 31. März 1907 bei zehnhalbstündiger Arbeitszeit der Lohn pro Stunde 48 ♂ beträgt, und vom 1. April 1907 bis 30. April 1908 steigt der Lohn auf 52 ♂ pro Stunde und beträgt die längste Arbeitszeit im Sommer neunehnalbst Stunden.

Die Unternehmer in **Schleswig** verlangen von unseren Kollegen die Anerkennung eines von ihnen einseitig aufgestellten Tarifs. Da sich die Kollegen dessen weigern, haben sie die Aussperrung angedroht.

Gelehrte Nachrichtung des Verbandsverstandes.

"Arbeit und Kultur". Die dritte Auflage des unter diesem Titel von uns herausgegebenen Buches ist vergessen. Wir sind aber bereit, eine vierte Auflage des Buches herstellen zu lassen, wenn noch genügend Bestellungen eingingen.

Weitere Bestellungen erwarten wir recht bald.

Agitation und Flugblattverbreitung. Auch in diesem Jahre muß mit dem beginnenden Frühjahr eine umfassende Agitation betrieben werden, um die nichtorganisierten Kollegen unseres Verbands aufzuführen.

Die Agitation soll eingeleitet werden durch eine allgemeine Hausagitation, die in allen Orten zu gleicher Zeit vom 25. März bis 1. April unter nichtorganisierten Kollegen vorzunehmen ist.

Zur Unterstützung und erleichterung der Agitation geben wir eine Flugschrift, 32 Seiten stark, heraus. Die Flugschrift soll den Verbandsmitgliedern und auch allen dem Verband nicht angehörigen Kollegen zugestellt werden, und zwar ersteren durch die "Grundstein"-Verbreiter und letzteren durch eigens dazu bestimmte Kollegen.

Wir erfreuen die Mitglieder des Verbands und besonders die Zweigvereinsvorstände, hier vor Notiz zu nehmen und zum guten Gelingen mit beizutragen.

Aufgabe der Zweigvereinsvorstände ist es, sofort die erforderlichen Vorbereitungen für die Flugblattverbreitung und Hausagitation zu treffen. Für die Hausagitation ist besonders erforderlich, daß die Namen und Adressen der nichtorganisierten Kollegen aufgezeichnet und Verbandsmitglieder bestimmt werden, welche den Nichtorganisierten die Flugschriften ins Haus tragen

Normalfunktion im Baugewerbe gesichert, die hoffentlich den Kollegen ein Aufsporn sein wird, im Sinne der Organisation ihre Pflicht zu tun.

Die günstige Entwicklung der Baufonjunktur konnte nicht ohne Einfluss auf die weitere Entwicklung der Organisation und auf deren äußere und innere Erstärkung bleiben. Dieser Faktor ist heute zwar nicht allein entscheidend, er ist aber für unsere Kollegen im Kampfe für ihre Lebensinteressen von großer Bedeutung. Die Zunahme der Zahl der Zweigvereine ist sehr gering, sie beträgt nur 2, deren Mitgliederzahl in der besten Zeit kaum 40 erreicht; aber um so größer ist die Zunahme der Säbellen und Filialen, deren Zahl am Jahresende rund 270 beträgt, und denen Mitglieder sich wiederum auf 700 bis 800 Orte verteilen. Erfreut es vor einigen Jahren fast unmöglich, in die schwärzten Bezirke des Landes einzudringen, so sind hier unsere Hoffnungen bedeutend gestiegen. Der in diesen Bezirken herrschende Geist des Mittelalters, deren Träger in der Regel die Ortsgesetzlichen, Bürgermeister oder sonst einflussreiche Personen sind, wehrt sich verzweifelt gegen die neue Zeit. Aber was hilft es? Sie müssen dem neuen, mächtigen Empörerstand, der aus den Trieben des Wirtschaftslebens seine Kraft gewinnt, Rechnung tragen; jeld Riegel und Weichstuhl werden die Geister nicht bannen. Es wäre aber fehlerhaft, die Kraft unserer Gegner zu gering einzuschätzen. Hier ist es nicht genug, ein zu sein, sondern ein müßig müssen die Kollegen den Kampf führen, erst dann ist der gewünschte Erfolg gesichert. Lassen und frei muß der Gegner gegenübergetreten werden, besonders den Geistlichen, deren Kampfweise nicht selten unehörlich ist. Ein solches Vorgehen durch uns, diffizil und geleitet von sachlichen Motiven, nötigt selbst den schlimmsten Gegnern Achtung und Anerkennung ab.

Die Mitgliederbewegung in den letzten 5 Jahren, und die Durchschnittsziffer pro Jahr ergibt folgendes Bild:

Jahr	Zahl der Zweig- vereine	Zahl der Säbel- stellen u. Filialen	Mitgliederzahl				Durch- schnitt pro Jahr
			1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
1901	17	87	—	4974	5189	4875	4875
1902	16	108	5249	5820	5477	5401	5487
1903	19	163	5471	6101	6978	7054	6400
1904	15	202	7288	7833	8832	9107	8127
1905	14	270	10179	11645	12424	12169	11804

Danach ist im Jahre 1905 absolut wie relativ die höchste Steigerung der Mitgliederzahl erreicht worden. Ein Resultat, das Bestätigung hervorruft bei allen Kollegen, die durch Mühe und Arbeit daran mitgewirkt haben. Ganz gleich, welche Arbeiten dem eingehen dabei übertragen wurden: ob er als Hilfsarbeiter und „Grundstein“-Postbote des Sonntags von Haus zu Haus wanderte, ob er als Vertragsmann auf der Baustelle tätig war, ob er als Vorstandsmitglied seine Pflichten erfüllte in der Baustelle oder im Zweigverein, ob er als Redner in den Versammlungen wirkte, oder ob er schließlich als einfacher Soldat in der Organisationsarmee bei der Flugblattverbreitung und Hausagitation und anderen Arbeiten die Kollegen wie deren Frauen von der Nottwendigkeit der Organisation überzeugte, sie alle haben Anteil an dieser gesunden Vorausentwicklung. Eine Organisation kann sich nur entwenden, wenn alle mitwirken. Über auch die Pflege des richtigen Geistes in der Organisation ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Gewiß ist in den letzten Jahren eine Besserung eingetragen, aber es muß noch viel mehr als bisher getan werden.

An anderen Organisationen kommt allein der „christliche“ Bauhauerverband in Frage. Die Mitgliederzahl dieser Organisation ist uns nicht bekannt, aber sie dürfte nach der Abrechnung, die in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht worden ist, im ersten Halbjahr 1905 kaum 750 übersteigen. Die Zahl der in diesem Verband organisierten Maurer dürfte kaum weit über 500 hinauskommen. Nehmen wir nun an, daß auch der „christliche“ Verband im zweiten Halbjahr noch an Mitgliedern genommen hat, so dürfte die Gesamtzahl der organisierten Maurer im Gau Frankfurt a. M. bereits 13 000 überschritten haben. In den bestehenden Ländern (Provinz Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen-Darmstadt) dürfte die Zahl der organisierten Maurer, einschließlich des Casseler und Mannheimer Bezirks, auf über 16 000 steigen, wovon über 15 000 unserer Organisation angehören. Diese Zahlen könnten fast den Glauben erwecken, als seien mindestens 80 bis 90 % der Gesamtkollegen organisiert, aber dem ist nicht so. Gewiß sind Bezirke und Orien vorhanden, wo 50 und 100 v. H. aller Kollegen organisiert sind, allgemein sind aber noch unterer Schwung noch nicht einmal 70 v. H. erreicht. Diesen Mangel an organisatorischen Kollegen werden wir uns in den nächsten Jahren holen müssen. An der Mitgliederzunahme sind mit Ausnahme von Coblenz und Schaffhausen u. s. f. fast alle Zweigvereine beteiligt. Die absolut stärkste Zunahme ließen Frankfurt a. M. und Gießen auf, dann folgen Darmstadt, Wiesbaden, Mainz, Marburg, Gießen usw. Neue Zweigvereine werden gegründet in Kirn und Oberstein, in dem letzten Ort bereits zum dritten Male. Auch diesmal scheint der ausgestreute Samen keine guten Früchte tragen zu wollen; nachdem die „Gründer“, die angereisten Kollegen, wieder abgereist sind, ist das Organisationsleben wieder erstarzt. Teilsweise recht ungünstig liegen für uns bisher die Verhältnisse noch in den Zweigvereinsbezirken Wiesbaden, Coblenz, Fulda, Marburg und einigen anderen. Polizeiliche und klerikale Bewunderung und Schikanierung sind neben anderen Schwierigkeiten die Ursachen, die überwunden werden müssen. Weniger stark ist der Druck in Aschaffenburg; hier bringt der Streit von 1904 noch einige Nachwirkungen. Coblenz, seit Jahren unser Schmerzensland, durchlebte 1905 die größte Krise, und nur durch außergewöhnliche Mittel, die vom Gauvorstand aufgewendet wurden, haben wir dem Zweigverein das Leben gerettet. Die Mitgliederzahl, die auf rund 50 zahlende Mitglieder im zweiten Quartal gefallen war, ist auf fast 200 am Jahresende wieder gestiegen. Dieser Resultat kann keineswegs befriedigen; hoffentlich gelingt es der vereinten Kraft, weiter vorwärts zu dringen. Im Coblenzer Bezirk findet man neben

den höchsten Lebensmittelpreisen die erbärmlichsten Löhne, auch im Baugewerbe. Alte Fehler, vor Jahren begangen, konnten auch im Berichtsjahr in Fulda nicht überwunden werden. Den Bezirk haben wir seit Jahren den Christlichen überlassen; es ist deshalb nun so schwieriger, heute eine feste Position zu erreichen. Organisationsfähig sind die Kollegen, darüber ist kein Zweifel mehr, haben wir doch selbst circa 150 organisierte Kollegen im Bezirk; die Zahl der christlich organisierten Kollegen dürfte rund 400 betragen. Der Marburger Zweigverein ist bedeutend besser geworden, die Mitgliederzahl ist gestiegen und auch die Beitragsteilung ist besser als im Vorjahr; tragfähig kann aber von einer guten Organisation keine Rede sein. In den hier genannten Zweigvereinsbezirken wo, wie bereits erwähnt, die Polizei und auch der Clericalismus die Interessen der Bevölkerung vertreten und nicht selten mit den rassistischen und brutalen Mitteln, sind auch Lohn- und Arbeitsverhältnisse am rückständigsten geblieben. Aber nicht allein die autoritative Macht, besonders die der katholischen Geistlichkeit, wird in diesen Bezirken benutzt, um uns entgegenzuwirken, sondern auch mit dem weit schlimmern Seind der Arbeiterklasse, der Organisationsversplitterung, wurde im letzten Jahre in eich demagogischer Weise hinter der Maske der „Arbeiterfreundlichkeit“ gegen uns gekämpft. Wie lange noch? Die Stellung des Clericalismus zur Arbeitsbewegung prägte in diesen Bezirken die Lebensverhältnisse der Arbeiter in den Stempel auf. Trotz teilweise sehr starfer gewerblicher und industrieller Entwicklung sind, wie erwähnt, Lohn- und Arbeitsverhältnisse höchstens einigermassen mit dem Geistlichen in den meisten Fällen identisch, haben im letzten Jahre einen so wütenden Kampf auf der ganzen Linie gegen unsere Organisation geführt, wie nie zuvor. Was hat es aber genützt? Gar nichts! Im Gegenteil: schneller denn je sind wir vorwärts gekommen; das Wasser steht unseren Gegnern an der Schleife, deswegen diese wütste Schimpfarei. Was hat selbst das letzte Mittel, die Organisationsversplitterung, gebracht? Auch dieses kein demagogische Mittel, das den christlichen Arbeiter „freund“ erst im wahren Pachte entstrahlt läßt, ist jammerlich. Es wäre ja geradezu schämhaft, wenn wir nicht mit einem solchen Gegner fertig werden könnten. Selbstverständlich werden die Kämpfe fortsetzen, sie noch verstärken, aber unsere Sache wird und muß siegen. Die ganze wirtschaftliche und soziale Struktur des Gaus drückt uns so mächtige Waffen in die Hand, womit die gesamten Gegner glänzend schlagen können. Hat uns die große Zahl geistlicher Agitatoren behindern können, auf dem Lande vorzudringen? Hat uns das Dutzend oder mehr christlich-katholischer Arbeiter- oder Gewerkschaftsführer behindern können in unserem Vormarsch? Wir sagen nein! Auch in Zukunft werden wir glänzend mit allem fertig, wenn die Kollegen ihre Pflicht tun.

Mit der allgemeinen Entwicklung der Organisation ist aber nicht allein die Mitgliederzunahme gestiegen, sondern — was selbstverständlich erscheint — auch die finanziellen Leistungen. Sehr erfreulich ist die Zahl der durchschnittlich pro Mitglied und Jahr verlaufenden Markenjahrgänge. Sie stieg von 33,68 im Jahre 1903 auf 35,87 im Jahre 1904, und erreichte im Berichtsjahr 37,09. Eine durchschnittliche Steigerung in den zwei letzten Jahren von 3,41 Marken. Damit ist aber noch immer nicht der Durchschnitt des Gesamerverbandes erreicht.

Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ist ersichtlich, wie in den letzten Jahren die Beitragsteilungen sich entwideten; gering in die Steigerung 1901 bis 1902, stärker in den letzten Jahren.

Jahr	Verkaufte Beitragsmarken				Durchschnitt pro Jahr und Mitglied
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
1901	81917	48198	57001	38972	163866
1902	19187	54103	57598	46679	167117
1903	27485	59024	70988	58072	21575
1904	29839	78477	98068	85156	291540
1905	41043	127923	143752	117677	430395

Mit Ausnahme von zwei, Geisenheim und Weilburg werden in allen Zweigvereinen lokale Aufschlagsbeiträge gezahlt; neu sind im letzten Jahre hinzugekommen: Gambach, Gießen und Marburg. Die Höhe der örtlichen Aufschlagsbeiträge beträgt bei 6628 Mitgliedern (Zweigverein Frankfurt a. M.) 10 v. H. pro Woche in allen übrigen Zweigvereinen 5 v. H., doch soll berücksichtigt werden, in allen Zweigvereinen die Lokalisationshöhe auf 10 v. H. zu erhöhen; einen fast einstimmigen Besluß in diesem Sinne führte schon die Gaukonferenz am Anfang des Berichtsjahrs. Die Einführung der Aufschlagsbeiträge ist keine Liebhaberei, denn schon manche harren Meinungsänderungen deswegen in den letzten Jahren in den einzelnen Zweigvereinen aufgezögert worden. Die Notwendigkeit ihrer Einführung bedingen die bevorstehenden Verhältnisse, die wiederholt von uns dargelegt worden sind. Eine ausgiebige und gründliche Agitation, wie sie in den letzten Jahren geschehen ist, wäre ohne Aufschlagsbeiträge nicht möglich gewesen. Die örtlichen Aufschlagsbeiträge haben uns im Gau aber nicht allein in organisatorischer und agitatorischer Beziehung Nutzen gebracht, sondern sie haben auch die früher demoralisierende unlösbare Schuldenwirtschaft in den Zweigvereinen zur Freude aller befeitigt. Eine klare Überprüfung des früheren und jetzigen Zustandes gibt die folgende kurze Zusammenstellung:

Jahr	Kassenbestände.					
	In den Gästestellen	In den Zweigvereinen	Insum	Im Durch- schnitt pro Mitglie- d	M.	A.
1902	2886	88	*286	09	3122	97
1903	8152	60	3682	59	8835	12
1904	5360	95	18574	75	18908	70
1905	8141	11	34698	33	42839	44

Ein weiterer Beweis, der als Grabmesser für die Entwicklung der Organisation dienen kann und der die obigen Darlegungen in ihren Einzelheiten klar bestätigt, sind die Angaben für allgemeine Agitation in den Zweigvereinen. Sie betragen:

Jahr	Agitationsausgaben					
	In der Gästestelle	In den Zweigvereinen	Insum	Im Durch- schnitt pro Mitglie- d	M.	A.
1902	2085	85	1590	15	4675	50
1903	2458	85	2424	21	4883	68
1904	3477	64	3886	95	6864	59
1905	4891	24	4587	98	9479	22

Wer möchte nach dieser Zusammenstellung den günstigen Einfluß der Lokalisationshöhe für uns bisher die Verhältnisse noch in den Zweigvereinsbezirken Schaffhausen, Coblenz und Trier untersuchen? Und doch ist die Steigerung nicht abnormal, wenn man bedenkt, daß mit der größeren Ausdehnung der Organisation auch die aufgewendeten Mittel steigen müssen. Die Aus-

gaben sind zwar absolut gestiegen; aber berechnet man sie nach der durchschnittlichen Mitgliederzahl, so sind sie sogar etwas zurückgegangen.

Auch in den kommenden Jahren ist kaum eine Abnahme der Ausgaben zu erwarten, da die größten Schwierigkeiten der Agitation in den zurückgebliebenen und abgelegenen Bezirken erst beginnen. Jetzt heißt es, den Kollegen zu helfen, die am erbärmlichsten entzweit sind, und die unter dem Druck der heutigen Wirtschaftsordnung am meisten leiden.

Bei der Agitation haben wir in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß das die Elemente ungewöhnlich und unüblich ist; je nach Lage der örtlichen Beziehungen beginnen wir unsere Tätigkeit ein. Gestalten es die Verhältnisse, mit einer Verantimung oder mit einem Flugblatt die Agitation zu beginnen, so ist diese Agitation am einfachsten, aber bei neuen Organisationsgründungen erscheint es nicht immer ratsam. Wir machen mit einem solchen Vorgehen in der Regel auch alle unsere Gegner mobil; sie beginnen den Kampf mit aller Schärfe, und wiederholen müssten wir erleben, daß, bevor die Neugründung fest steht, gewonnen hat, sie bereits von der Brutalität der Gegner zerrückt war.

Wir kennen die Verhältnisse zu gut; wo wir mit Schwierigkeiten rechnen haben, beginnen wir mit Sitzungen und Besprechungen; im Gau die Polizei und Behörden nicht die größten Schwierigkeiten; schwärm ist schon der Clericus, und besonders der katholische. Die Kampfweise des letzteren ist brutal und gemein. Die Zentrumspartei, die von den Geistlichen in den meisten Fällen interpretiert, haben im letzten Jahre einen gewissen Rückgang in den Sitzungen und Besprechungen, wie wir zuvor.

Die Zahl der Versammlungen, Besprechungen und Sitzungen, an denen Mitglieder des Gauvorstandes oder andere Kollegen im Auftrag des Gauvorstandes tätig waren, beträgt insgesamt 393. In 107 Fällen waren andere Kollegen im Auftrag des Gauvorstandes tätig.

Der Versammlungsbefreiung ist durchschnittlich besser geworden, aber sie ist auch heute nicht. Die größte Schuld an diesem Zustande geben wir der eintönigen und gleichgültigen Behandlung der Beratungen durch die Vorstände. Hier wird sehr stark gefürchtet. Nicht selten spielen persönliche Zank- und Streitfragen die Hauptrolle in den Versammlungen und untergraben in kurzer Zeit das gesamte Interesse. Wir haben vom Gauvorstand im letzten Jahre berichtet, diesem Nebel entgegenzuwirken; der Erfolg befriedigte aber nicht. Nicht selten sind die Einladungen zu Versammlungen und die sonstigen Arrangements mangelschuld, so daß auch hierdurch der Besuch leidet. Ein drittes, ebenfalls beachtenswertes Hindernis für gute Versammlungsbefreiung bildet in einer großen Zahl Orte die Vergnügungsbedürfnisse und die Vereinsneuerie. Es soll damit nicht ausgeschlossen werden, wir seien Gegner davon. Man kann sehr wohl ein Freund von Gefangen, Turnen, Radfahrer, Altkleinen, Musik- und den sonstigen Vergnügungsvereinen sein, ohne dabei seine Pflichten in der Arbeiterbewegung zu vernachlässigen. Wir wünschen vielmehr, daß nicht allein für die jugendlichen, sondern auch für die älteren Kollegen die Freuden erweitert werden, aber man soll und darf über die Vergnügungen und Festlichkeiten nicht das Leben selbst vergessen. Die organisierten Arbeiter sollen die Nudel sein; Lebenslust und Lebensfreude stärkt uns im Kampfe mit dem Gegner, trotzdem kann man ungeheure Auswüchse beobachten.

Außer den Versammlungen und Flugblattverbreitungen sind Wahlen und Hausagitation unsere wichtigsten Mittel für Aufklärung und Organisationsförderung. Auf den Bauten treiben wir Agitation im Sommer und in den Wohnungen der Kollegen von Oktober bis März. Jedoch wird auch im Sommer die Hausagitation angewandt in Orten, wo die Verhältnisse besonders schwierig liegen. Alljährlich zusätzlich stellen wir, soweit dies möglich ist, die Zahl der unorganisierten Kollegen in allen Orten fest. Dadurch erhalten wir im Gauvorstand nicht allein eine gute Kontrolle über die Organisationsverhältnisse in den Orten, sondern auch eine Überprüfung über die Tätigkeit der Vorstände im Zweigverein und in den Gästestellen. Eine solche Kontrolle liegt im Interesse einer gebundenen Organisationsentwicklung.

Die Zahl der Lohnbewegungen, wie die Zahl der Beteiligten erreicht nicht die Höhe des Jahres 1904, doch stehen die erzielten Erfolge kaum dahinter zurück. Die Zahl der Kollegen, die im Berichtsjahr Lohnverhöhung erzielt haben, übersteigt deren Zahl im Jahre 1904 noch bedeutend.

Die Mittel und Kleinstädte bringen keine Massenbewegung. Wir brauchen bereits im vorjährigen Bericht eine Zusammenstellung, die den Kollegen zur Brüderlichkeit und Unregelmäßigkeit dienen sollte. Weiteres Material ist durch die Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Jahren gewonnen worden, worauf wir weiter unten zurückkommen werden. Aber auch die Lohnbewegungen im Berichtsjahr zeigen uns, ein wie fruchtbare Feld für unsere Tätigkeit in diesen Orten vorhanden ist.

Die Arbeitszeitverkürzung machte uns bisher die größten Schwierigkeiten. Nicht allein, das Unternehmerium wehrte sich hartnäckig dagegen, sondern auch unsere Kollegen nahmen eine sehr rücksichtige Stellung ein, teilweise fun-

* Am Schluß des Jahres 1905 hatten die Zweigvereine rund A. 1000 Schülern bei der Haupt- und Gästestelle.

sie es heute noch. Nicht selten läßt sich beachten, daß die Kollegen in den größeren Arbeitsorten für die zehnständige Arbeitszeit schwärmen, aber in der Kleinstadt oder auf dem Lande werden sie ratsam. Hier fehlt die grundsätzliche Klarheit, und darum der feste Willen. Wenn dies bei organisierten Kollegen vor kommt, so ist es bedauerlich. Eine Entschuldigung gibt es nur dort, wo die Kollegen noch nichts anderes geschenkt haben. Wo sie nie von ihren heimatlichen Gefilden fortgekommen sind, da haben sie in ihrer Abseitlichkeit weder von der sozialen Bedeutung einer kurzen Arbeitszeit eine Ahnung. Der Organisation fällt hier nicht denn je die Aufgabe der Aufklärung zu.

Die Gesamtzahl der Lohnbewegungen beträgt im Be richtsjahr 76 mit zusammen 2782 beteiligten Kollegen. Von diesen kam es in 25 Fällen zu Unterhandlungen mit den Unternehmern, die zu einer Einigung führten. In 18 Fällen kam es zum Streit und in 5 Fällen verzögerten die Kollegen entweder auf die Durchführung der Forderungen oder die Unternehmer machten Zugeständnisse, mit denen sie sich zufrieden gaben. Bei den 13 Verhandlungen, wo es zum Streit kam, waren 9 mit 619 Beteiligten erfolgreich und 4 mit 110 Beteiligten hatten einen unmittelbaren Erfolg nicht. Insgesamt wurde bei den 46 Lohnbewegungen für 2009 Kollegen eine Lohn erhöhung von 2 bis 18 % erzielt und für 1448 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde pro Tag. Einschließlich der im Vorjahr abgeschlossenen Arbeitsverträge, wodurch Lohn erhöhungen in diesem Jahre eintraten, stellten sich die diesjährigen Lohn erhöhungen wie folgt:

	4 Lohnbezüche mit 1757 Kollegen	1 % pro Stunde
11	4670	2
5	479	3
6	758	4
5	91	5
1	88	6
4	654	7
2	26	8
1	278	10
1	52	13

Die größte Zahl der Lohnbewegungen, wie die Zahl der beteiligten Kollegen entfällt auf das Zweigvereinsgebiet Frankfurt a. M. In Frankfurt selbst sind die Bewegungen in den Spezialbranchen: Bemalterer, Fliesenleger und Rabatte beachtenswert, wovon für die beiden letztgenannten Branchen die neunständige Arbeitszeit für 825 Beteiligte zum ersten Male im Gau vertraglich anerkannt wurde. Bei den Plattenlegern wurde außerdem die Altstandarbeit bestätigt. Über diesen Erfolg — so wird erzählt — sollen einige Scharnhader des Mitteldeutschen Arbeitgeberbandes sehr erboten sein; es soll sogar mit einem Boykott der Spezialgeschäfte gedroht worden sein. Besonders nach den gesammelten Erfahrungen erscheint es unverständlich. Bei den Bemalteren ist es sehr schwer, zu geordneten Verhältnissen zu kommen; der standige Wechsel schafft inständige Verhältnisse, und doch ist der Erfolg bei aller Schwierigkeit recht bedeutend. Vom Standpunkt der Maurer bewegung ist es notwendig, der Bemalterbranche die größte Beachtung zu schenken. Die Fortschritte der Bemalterarbeit im Baugewerbe in den letzten Jahren sindstaunenswert. Frankfurt bildet die Zentrale, das entweder seine Produkte oder die Arbeiter nach allen Richtungen sendet.

In der Umgebung Hanau gab es Lohnbewegungen in Groß- und Klein-Auhheim, in Groß- und Kleinsteinheim, Langenselbold und Seligenstadt. In den zuerst erwähnten Orten kam es bei einigen Unternehmen zu kleinen Arbeitsstörungen und in Seligenstadt zum allgemeinen Streit. Sonst wurden die Lohnbewegungen durch Unterhandlungen, wenn auch mit einem Strauß der Unternehmer, geregelt. In Groß-Auhheim wurde der Lohn sogar um 2 % höher festgesetzt als in Hanau, in den übrigen Orten kamen hanauer Lohnsätze zur Anerkennung. Den größten Erfolg hatten die Langenselbolden Kollegen, die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und 8 bis 10 % Lohn erhöhung erzielten. In Seligenstadt liegen sich die Unternehmer nach mehrwöchigem Kampf zur Anerkennung der zehnständigen Arbeitszeit und 40 % Stundenlohn zwangen. Die Unternehmer in Langen in Hessen glaubten, klug undweise zu handeln, wenn sie unserer Lohnforderung wenig Bedeutung schenken. Als später in gemeinsamer Sitzung 8 bis 8 % Lohn erhöhung und zehnständige Arbeitszeit vereinbart wurden, versuchten die Unternehmer, auch diese beliebig herabzufüßen. Dann kam es zum Streit. Den Unternehmen ging nach fünf Wochen die Luft aus, als sie sahen, daß die Kollegen alle wieder in Arbeit waren und ein Streitbrecher in Langen als ein unnatürliches Gewürd angefeindet wurde. Für ihre Tapferkeit zahlten die Herren dann 8 bis 10 % Lohn erhöhung. Ebenso erfolgreich waren nach mehrwöchigem Streit unsere Liegenschafts Kollegen. Zehnständige Arbeitszeit und 6 bis 8 % Lohn erhöhung waren auch hier der Lohn des Kampfes. In der Umgebung Frankfurt wurden in Neu-Isenburg, Mödelheim und Bilk die Frankfurter Vertragslösungen für 1905 anerkannt, zu einem eigentlichen Vertragsabschluß kam es aber nur in Neu-Isenburg. Vor einigen Jahren waren die Bauunternehmer zwischen diesen Orten und Frankfurt noch bedeutend; hoffentlich gelingt es nun auch, die sonstigen Orte der Umgebung mit Frankfurt in einer Front zu bringen. Einen reich interessanten und exzellenten Ausgang nahmen die Lohnbewegungen in Homberg v. d. Höhe und Oberursel. Die Unternehmer in diesen Orten hatten einen fiktiven Aussterzungspunkt ausgebürtet und rüsteten in einer mäßigen Organisation für den ganzen Obersaumkreis auch in der Praxis für diese Idee. Wie es später nicht so recht am Schnürchen hingen wollte, hielten sie Rat und Hilfe beim Mitteldeutschen Arbeitgeberverband. Dem Arbeitgeberverband ist dann mit zu danken, daß es für den ganzen Obersaumkreis zu einem Vertrag kam, an dem außer den obengenannten Orten noch die bedeutenden Kurorte Kronberg, Königstein, Taunus und die Orte Friedelsdorf und Kelheim und andere partizipieren. Der Erfolg war für circa 320 Kollegen 6 bis 7 % Lohn erhöhung und für circa 150 eine Stunde Arbeitszeitverkürzung. Die schwankende Haltung der „christlichen“

das sei hier gesagt — brachte auch hier eine Schwächung der Betreuung. Ohne einen unmittelbaren Erfolg blieben nur die Lohnbewegungen in Idstein und Alzenau, die ebenfalls im Frankfurter Zweigvereinsbezirk liegen. Im ersteren Fall war die Organisation nicht genügend erachtet, und in dem anderen war anscheinend der richtige Moment verpaßt. Die Kollegen konnten in beiden Fällen wieder in andere Arbeit gebracht werden, so daß sie vor größerer Opfern bewahrt blieben. In einem zweiten Beifallgang, der hoffentlich nicht allzu lange auf sich warten läßt, werden die Unternehmer den berechtigten Forderungen schon ein Verhältnis entgegenbringen. Die Lohnbewegung der in den Harzwerken in Höxter, Mainz, beschäftigten Kollegen ist ebenfalls nicht nach unseren Wünschen ausgetragen. Die große Zahl der dort beschäftigten Kollegen wird die besseren Organisationsverhältnissen kommen müssen, bevor geregelte Verhältnisse zu erlangen sind. Dieselben Zustände wie in Höxter herrschen auch in den chemischen Fabriken in Briesheim, Kiedrich und anderen Orten. In allen sind eine größere Anzahl Maurer beschäftigt, so daß es Pflicht der Organisation ist, Ordnung zu schaffen.

Die Lohnbewegungen im Zweigvereinsbezirk Darmstadt waren weniger zahlreich, brachten aber doch in sicherer Orten ganz achtbare Erfolge. In Eberstadt wurde der Darmstädter Vertrag anerkannt, und in Pfungstadt endlich, nach langen Wiederholungen, Versuchen, die zehnständige Arbeitszeit eingeführt. Hörtentlich zeigen die Pfungstädter Kollegen, daß sie höhere Löhne verdienen müssen; was in Eberstadt möglich ist, muß auch in Brühl möglich sein. Die Lohnbewegungen in Bensheim, Alsbach, Heppenheim usw. aus der Berufsstadt sind so gut wie im Sande verlaufen. Die Unternehmer zahlten 1 bis 2 % Lohn mehr pro Stunde, modur durch den Kollegen ansteckender Mut zusammengebracht ist. Damit imponiert man Unternehmern nicht; um zur Anerkennung ihrer Rechte zu gelangen, müssen auch die Kollegen an der Bergstraße andere Mittel anwenden. Längere Zeit nutzten die Oberarmstädter Kollegen streitig, bis es gelang, drei Unternehmer zur Anerkennung des Darmstädter Vertrages zu zwingen. Die beiden anderen haben versprochen, im Frühjahr 1906 auch in ihren Betrieben in demselben Sinne eine Verkürzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzunehmen. Ob es wahr wird? Die größte Sicherheit des Erfolgs liegt darin, daß die Kollegen das Pübler trocken halten, auch im Jahre 1906. Ferner wurden noch Lohn erhöhungen in Mühlacker und Rohrdorf erzielt, ein Beweis, daß auch auf dem Lande die Interessen der Kollegen vertreten werden müssen. Mehrere Orte in der nahegelegenen Umgebung Darmstadts wollen jedoch immer noch nicht den dortigen Verhältnissen anpassen; so u. a. Auerbach, Wiesbaden und Gießen; sie werden 1906 das Verfahren nachholen.

Umfangreicher waren die Lohnbewegungen im Zweigvereinsbezirk Mainz, Alzenau, Bingen, Bischofsheim, Budenheim, Geisenheim, Ingelheim, Königstein und Wöbbach. Unterhandlungen und erzielten auch dementsprechende Erfolge. Die bedeutendste von allen Bewegungen war die Ulmer. Nach jahrelangem vergleichlichem Bemühen gelang es endlich den Kollegen, die Früchte zu ernten. Der Neubau der Kreis anstalt bot dazu günstige Gelegenheit, für die Stadt und für die Kreisverwaltung kommen drei verschiedene Säge zur Durchführung. Bei Arbeiten in der Stadt sind zehnständige Arbeitszeit und 40 % Stundenlohn vereinbart worden, und an der Kreisanstalt zehnständige Arbeitszeit und 45 %. Diese Bewegung dürfte befriedigend auf ganz Rheinhessen und besonders auf die kleinen Städte und das flache Land wirken. Die Drei in der Umgebung von Mainz haben dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten wie Mainz, mit Ausnahme von Budenheim; zum Streit kam es dabei nicht. Die Bewegungen in Königstein und Ingelheim hatten unmittelbar einen Erfolg nicht, aber doch sind sie nicht ohne Einwirkung geblieben. Besonders in Ingelheim sind die Löhne in wenigen Jahren von 8 bis 85 % auf 88 und 40 % pro Stunde gestiegen.

Einen ungünstigen Ausgang nahm die Binger Lohnbewegung, wofür die „christlichen“ einzig und allein die Verantwortung tragen. Durch die erwachsene Einigkeit der Kollegen in Bingen gerieten die Binger Bauunternehmer in Gefahr, tiefer in den Geldbeutel greifen zu müssen. Die Christlichen haben durch ihre „christliche Tafel“ der Organisationszerplattierung wieder einmal die behagliche Existenz der Unternehmer gereicht, und die Kollegen können mit ihren Familien im Elend weiter schmachten. Wir hatten seinerzeit den Wortführer der Christlichen, einen Herrn Grafenberger aus Wiesbaden, der dort als Agitator für die Zentrumspartei angestellt und ehemals Bauarbeiter gewesen sein will, „bitter deidigt“. Es kann heute keinen Zweifel mehr geben, daß Herr G. aus „tiefer innerer“ Überzeugung seine filialen Sprüche in der Arbeitgeberplattierung vor den Arbeitern des Rheingaus herabträgt, um die „roten Teufel“, die sich in den letzten Jahren schenktartig ausbreiten, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Mit einem Rattenöling von Beleidigungsprojekten hat G. seine Bitteracher bedacht, u. a. auch unsere Kollegen Hüttmann, der nunmehr mit einer Strafe von 20 als vorbestraftes Individuum gebrandmarkt worden ist. Herr G. wird aber als moderner Don Quixote der Zentrumspartei seinen „Siegeszug“ im Rheingau antreten, und in kurzer Zeit die „Röten“ mit Mann und Maus vernichtet haben. Mit Genugtuung konnte Herr G. seinen Auftraggeber am Schluß des Jahres 1905 triumphierend ausrufen: Mein Erfolg = 0 + 0 = 0.

Als Charakteristikum aus dem Binger Prozeß gegen den Kollegen Hüttmann, wo der ganze christliche Schwindel aufgedeckt wurde — selbstverständlich ist Herr Grafenberger hier ausgefallen — sei mitgeteilt: Der dort als Zeuge geladenen christliche Arbeitgebervertreter Knoll aus Mainz hat, nachdem er, als der eigentliche Einheitsführer der Versammlung, durch die Frage, wer ihm den Auftrag zur Einberufung der christlichen Bauarbeiterversammlung gegeben, die Sage überlegt. Herr Knoll sagte: „Ich hatte den Auftrag, in einer katholischen Männervereinssammlung die Tafel zu bringen.“ Herr G. schreibt: „Auf die weitere Frage, ob es Bauarbeiter gewesen seien, wußte Herr G. nur zu antworten: „Das weiß ich nicht.“

„Das kann wohl sein!“ Herr G. hätte noch vielleicht hinzufügen können — aber auch er als „ehrlicher“ christlicher Arbeitgeberführer“ wußt dies nicht. — Bauarbeiter waren es nicht, aber Bauunternehmer können es gewesen sein, denn deren Einfluß soll an dieser Stelle in Bingen nicht gering sein. Nur begreift man schließlich auch: 1. weshalb die Polizei zu der Versammlung kommandiert worden, 2. wum die Söhne der Unternehmer Handelt verbreitet haben und 3. weshalb faktisch die Unternehmer in der christlichen Versammlung selbst freibleiben spazierten. Man sieht, diese Herren Bauunternehmer haben sich sehr gut auf die Verfehlung ihrer Interessen verstanden. Die christlichen Führer merken dieses nicht, sie sind alle „ehrenhafte“ Männer: Grafenberger, Beder, Knoll und andere. Beder war das nicht in Bingen — eine „christliche Ehrenpflicht wurde erfüllt“.

Nachdem es in aller Deutlichkeit gelungen ist, durch eindrückliche Aussagen des Herrn Knoll vor Gericht festzustellen, daß die christliche Bewegung von den Bauunternehmern protegiert worden ist, um sich vor der Lohnbewegung unseres Verbands zu retten, bleibt das Flugblatt dieser Handlung für die christliche Organisation bestehen. Die Unternehmer haben die christliche Organisation benutzt, um für ihre Interessen zu wirken. Dies ist durch die Berücksichtigung der Betreuung vollkommen gelungen. Von Standpunkt der Arbeitnehmerbewegung bezeichnet man eine solche Handlungswise als gemeinen Arbeiterrat. Die christlichen Führer Knoll, Beder und besonders Grafenberger leugnen und befreien einen Vertrag. Nehmen wir an, es hätte eine bewußte Absicht nicht vorgelegen, dann bleibt ihnen der Vorwurf der Gleigültigkeit. Indifferenz und Kurzfristigkeit nicht erwartet. Ein Beweis der Unfähigkeits ist dann geliefert, der um so mehr Veranlassung geben muß, jenen Agitatoren gegenüber Vorwurf zu üben und ihnen möglichst das Handwerk zu legen.

Auch in oberfränkischen Bezirken sind wir im letzten Jahre recht entschieden vorwärts gekommen, besonders im Zweigvereinsbezirk Gießen-Wetzlar. Der Wetzlarer Streit wurde nach dreieinhalbmonatiger Dauer siegreich beendet und brachte 6 bis 7 % Lohn erhöhung. In Lich und Döllstadt kam es zu einer Einigung nicht; die Unternehmer bewilligten aber 8 bis 4 Lohn erhöhung, womit sich die Kollegen aufzudenken gaben. Der Alsfelder Streit ist eine echt christliche Leistung, ein vollendetes Beweis tatkräftiger Unfähigkeit und Ungehorsamkeit. Den besten Beweis liefert dafür die „Baugewerkschaft“ in Nr. 51, worin die Abrechnung des christlichen Verbands vom ersten Halbjahr veröffentlicht wird. In der Abrechnung ist zwar eine Ausgabe für Alsfeld von 400 verzeichnet, aber eine Einnahme hatte Alsfeld nicht. Der dortige christliche Zweigverein hatte sich also vor seiner Gründung wieder aufgelöst, die Mitglieder hatten das Beitragsguthaben verloren. Im Bahnhof ist über die Wetzlarer Lohnbewegung zu berichten. Trotz sehr schlechten Verhältnissen fehlte es den Kollegen an Mut und Einigkeit, insgesamt der Organisation an Kraft zur Bekämpfung dieses Zustandes. Mit einigen Bemühungen liegen sich die Kollegen in diesem Jahre abweichen. Erfolgreicher haben, im Gegensatz zu den Weißburgern, die Kollegen in Wetzlar-Gammbach die Organisationswaffe benutzt. In drei Jahren sind die Löhne um 10 bis 12 % pro Stunde gestiegen, und die Arbeitszeit ist um eine Stunde gekürzt worden. Die Lohn erhöhung im letzten Jahre beträgt 6 %; sie wurde nach einem vierwöchigen Streit erungen.

Die Kollegen im Zweigvereinsbezirk Wiesbaden blieben verhältnismäßig sehr ruhig; vom Standpunkt der Arbeitnehmerbewegung gewiß keine lobenswerte Eigenschaft. Einmal belebend wirkte nur der Rüdesheimer Streit. Die Kollegen in Rüdesheim-Geisenheim benötigten den Vertrag anstrengend verhältnismäßig genug, die Notwendigkeit dieser Mahnregel einzusehen und machen das Zugeständnis freiwillig. In Rüdesheim dagegen mußten einige Wochen die Kräfte gemeinsam werden, um die Unternehmer durch die Macht der Organisation von der Notwendigkeit zu überzeugen. Außer den erwähnten Orten gelang es noch im Monat Oktober in Eltville teilweise 2 % Lohn erhöhung durchzusetzen; die Einführung der zehnständigen Arbeitszeit wurde in Langenschwalbach endlich in diesem Jahre erreicht.

Das Resultat der diesjährigen Lohnbewegung ist wie folgt zu bewerten: Mit der Ausweitung und Erstärkung des Organisationswachstums wachsen auch die Erfolge. Und ein weiteres Moment, was nicht unerwähnt bleiben soll, auch den Unternehmern gegenüber haben wir an Achtung und Einfluß zu bedenken und gewonnen. Mussten wir früher in fast allen Orten selbst um die beiderseitigen Forderungen streiten, so ergibt die Bewegung im Berichtsjahr, daß bereits in einer großen Anzahl Orte die Unternehmer die Berechtigung unserer Forderungen anerkennt und auf eine gültige Vereinbarung hinwirkt. Ob sich diese Entwicklung weiter vollzieht, muß abgewartet werden; hier gilt der Grundsatz für die Organisation: wer den Frieden will, muß zu dem Friede rüsten.

Corporate Arbeitsverträge haben bis zum Jahre 1904 eine nur ganz bescheidene Bedeutung im Gau gehabt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden mit wenigen Ausnahmen von den Arbeitgebern einheitlich festgesetzt. Nur für eine kurze Zeit bestanden frühere Arbeitsverträge in Frankfurt und Wiesbaden, von längerer Dauer war nur der Mainzer Vertrag. Wie bereits erwähnt, ist dieser Mandat der letzten Jahre der Erstärkung der Organisation zu danken. Über den Wert und die Bedeutung der Verträge läßt sich gewiß streiten, aber in Orten mit unregelmäßigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen wirken sie immer fortwährend. Selbst dort, wo Verträge recht seltanöse Vereinbarungen enthalten, sind diese in der Praxis mit normaler Geschäftlichkeit überwindbar. Wir sind weit entfernt, die im Mitteldeutschen Arbeitgeberverband organisierten Bauunternehmer als harmlos zu betrachten, im Gegenteil; wir halten sie in ihrer Organisation für gefährlich, aber das kann uns nicht abhalten, zu erklären, daß die Unternehmerorganisation bemüht gewesen ist, den Vertrag zu halten und durchzuführen. Verfehlungen einzelner Mitglieder dieses Verbandes sind vorgekommen, aber das

ist bei uns ebenfalls geschehen. Nach den Verträgen wird bis 1908 in den größeren Arbeitsorten Frieden herrschen, aber es ist doch ein bewaffneter Friede. Haben unsere Kollegen begreifen, oder werden sie begreifen, worauf es ankommt, dann werden wir auch in Zukunft mit den Unternehmern fertig werden. Es wäre fehlhaft, die Arbeitswelt als das Altheilmittel für unsere Organisation zu betrachten, das sind sie nicht, wir können sie nur als Mittel zum Zweck benutzen. Als Mittel zum Zweck der Erhöhung der Lebensstellung unserer Kollegen, die an sich wiederum Mittel zum Zweck ist, der Arbeiterschaft die Erfüllung ihrer Kulturmision zu ermöglichen.

Um Schlusse des Jahres 1905 bestehen für 38 Lohnbegirte Arbeitsverträge, die 44 Orte mit 7979 beschäftigten Kollegen, nach der Statistik im August 1905, umfassen.

Die Statistik über die Wohn- und Arbeitsverhältnisse von bisher sehr lückenhaft; sie illustriert treffend das Bild mangelhafter Organisationsentwicklung. Die großen Arbeitsszentren, die Mittelpunkte und deren Umgebung, waren bei früheren Gelegenheiten erfaßt, aber die Landstädte in ihrer großen Zahl waren unberücksichtigt geblieben. Das ist nochmals um große Bezirke mit Hunderten von Berufsschichten handelt, sei nur nebenbei erwähnt. Diesmal ist bei der allgemeinen Statistik ernsthaft versucht worden, den Gesichtskreis der Organisation zu erweitern und besonders in die dünnen Bezirke einzudringen; aber auch jetzt ist das gewonnene Material nicht erschöpfend, doch es genügt für die nächsten Jahre. Insgesamt sind erfaßt 160 Lohnbezirke mit zusammen 227 Orten; im Jahre 1900 waren es 109 Orte.

waren es 109 Fälle.
Die Statistik gestattet uns einen Einblick in die traurigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, unter denen die Kollegen im ganzen Gau zu leiden haben. Wir haben dabei nicht allein die schlechten Löhne im Auge, sondern besonders die verhältnismäßig lange Arbeitszeit, die noch bei fast 4000 Kollegen elf Stunden und mehr täglich beträgt. Die unselige Wirkung dieser Zahlen ist um so gewaltiger, wenn man bedenkt, daß kaum auf 10 p.Mt. der gesamten Kollegen, die im Gau ihre Beschäftigung haben, der Wohn-

Tägliche Arbeitszeit von 1885—1905.

Jahr	9 Stunden		10 Stunden		10 1/4 Stunden		10-11 Stunden		11 Stunden		über 11 Stunden	
	Bahf. fehl. grauer											
1885.....	-	-	-	-	5	-	-	-	-	90	-	9
1890.....	-	-	14	-	-	1	-	-	-	86	-	8
1896.....	-	-	16	-	-	-	-	-	-	91	-	1
1900.....	-	-	60	7955	-	-	-	-	49	2800	-	2
1905.....	1	825	69	9868	1	80	7	556	2808	1	2	11

Aber nicht allein die Dauer der täglichen Arbeitszeit liefern uns den Beweis dieser Tatsache, sondern auch die jetzige Entlohnung liefert ebenfalls deutliche Beweise; auch hier bestätigt sich die alte Erfahrung: Je länger die tägliche Arbeitszeit besteht, desto schlechter die Löhne.

Löhne der Maurer 1885—1905.

Jahr	Unter 20 A.		21—25 A.		26—30 A.		31—35 A.		36—40 A.		41—45 A.		46—50 A.		51—55 A.		56—60 A.		
	Login- gefecht	Spanner																	
1885	18	—	46	—	40	—	8	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1890	8	—	25	—	25	—	47	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1895	1	—	11	—	23	—	42	—	82	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
1900	—	—	9 231	—	9 211	—	20 1541	—	28785	—	84 3398	—	8 9225	—	—	—	—	—	—
1905	—	—	—	—	11 376	—	88 1283	—	49 8545	—	42 3327	—	16 2234	—	8 2940	—	1 18	—	—

Sind auch die Lohnverhältnisse allgemein schlecht, so ist aber um so erfreulicher ihre Entwicklungstendenz.

Der Einfluß der Organisation macht sich in den letzten

Erfahrung und Wissen, wie überhaupt die Bildungsfrage allgemein, sind von jeher in der Arbeiterselbstbewegung von großer Bedeutung gewesen. Besonders aber ist die Bildungsfrage für unsere Organisation von Bedeutung, weil mindestens 60 bis 70 p.ß. der Bevölkerungsberechtigten — und im ganzen Frankfurt a. M. sind es mindestens 90 teilweise fast 100 p.ß. — die erbärmlichsten und schlechtesten Landarbeiter befunden müssen. Die Zustände sind allgemein bekannt, so daß es nicht nötig ist, näher darauf einzugehen, auch unsere Verbandsstädte haben sich wiederholt mit dieser Materie beschäftigt. Hier muß es Aufgabe der Organisation sein, eine gründliche, systematische Besserung herbeizuführen, da diese Frage eine grundfäßliche und entscheidende Bedeutung für die Lösung der künftigen Aufgaben der Organisation und deren weiteren Vorwärtsentwicklung hat. Die Bildungsfrage ist und bleibt somit eine Lebensfrage für die Gemeinschaftschauspieler.

für die Gewerkschaftsbewegung.

Bis nun die Bildungsfrage gelöst werden kann, darüber gehen die Meinungen wohl weit auseinander; Einigkeit besteht aber darüber, daß sie von der Gewerkschafts- und Arbeitersbewegung selbst gelöst werden muß. Und unsere Organisation betreibt in den letzten Jahren eine systematische Pflege des Geistes: Die Vergrößerung des Fachorgans, die Herausgabe von Büchern und Broschüren usw. sind Mittel dieser Art. Hier kommt es aber darauf an, daß die große Masse der Mitglieder erreicht wird; die Verbreitung und der Vertrieb müssen organisiert werden, sonst bleibt selbst das schönste Buch ohne jegliche Wirkung. Ein ernsthafter Versuch im Gau Frankfurt, und besonders im Zweigverein Frei, fand selbst, lange als gelungen angefehlten werden, wenn auch der Erfolg nicht gleich zu Tage getreten ist. Von der Verbandsliteratur des letzten Jahres wurden im Gau verkauft: 3200 Verbandsstagsprotokolle, 8000 Verbandskalender und 1500 Bücher „Arbeit und Kultur“. Sind wir auch damit nicht zufrieden, ein Fortschritt bleibt es doch. Ebenfalls haben wir unsere Propaganda zur Gründung von Bibliotheken ernsthaft fortgesetzt und auch hier gefunden das das Verständnis dafür wichtig. Selbstverständlich können wir hier nur über Anfänge berichten, gewaltige Hindernisse sind noch zu überwinden, aber wir hoffen nicht allein, daß der Fortschritt anhaltend sein wird, sondern er muß sich in schneller Progression steigern. Da die Zahlstellen nur über wenige Mittel verfügen, müssen es sich vornehmlich die Zweigvereine zur Pflicht machen, Bibliotheken anzuschaffen. Damit soll nicht ausgesprochen sein, daß wir die Zahlstellen davon entbinden wollen, aber die den Zahlstellen zur Verfügung stehenden Mittel sind nicht ausreichend, um eine gefundene und sinnvolle Fortschritte zu erlangen.

In den 270 Mitgliedschaften des Gaues haben nun 23 eine Bibliothek mit zusammen 418 Bänden. Bedenkt man aber, daß vor einem Jahre überhaupt keine Bibliotheken vorhanden waren, so läßt sich auch hier der Fortschritt deutlich erkennen. Die Bibliothek soll vornehmlich den Mitgliedern zur Selbstbildung dienen. Dazu gehört aber noch ein anderes. Zur Selbstbildung ist eine gute Tageszeitung notwendig, die zur täglichen Information dient. Unseren Mitgliedern muß offen gesagt werden, daß die Schundware, die sie genießen, aus ihren Familien befreit werden muß. Würden unsere Mitglieder alle Lefer zu kaufen

ort mit dem Arbeitsort identisch ist. Für circa 90 Prozent kommen bei der langen Arbeitszeit weite Arbeitswege hinzu, 1 bis 1½ Stunden und darüber täglich. Morgens und Abends, was die Lasten des Berufes fast unerträglich macht und erschütternd und deprimierend auf Leben und Gesundheit einwirkt. Ein Ehe- und Familienleben nach menschlichen und sozialen Anforderungen ist natürlich unmöglich; es besteht nur der Form nach; die tatsächlichen Verhältnisse gestalten ein geordnetes Familienleben nicht. Der Kapitalismus hat hier nicht allein die Städte seines Biedenstbar gemacht, sondern hat auch den größten Teil des flachen Landes erobert. Besonders ist es das baumgewerbliche Unternehmertum, das seit Jahrzehnten die ländlichen Arbeiter ausplündert. Dies zeigt noch heute die Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vom August des Vorjahrs, deren vorläufiges Ergebnis wir hier mitteilen. Gleichzeitig sind zum Vergleich, soweit dies möglich, auch die früheren Erhebungen heran gezogen.

Der Gauvorstand erledigte seine Arbeiten in 20 Sitzungen, die gemeinsam, wie in früheren Jahren, mit dem Zweigvereinsauslauf Frankfurt erfolgten. Diese gemeinschaftlichen Beratungen haben sich bisher ausgezeichnet bewährt. Außerdem fanden zwei größere Sitzungen statt, an denen außer dem Gauvorstand und dem Frankfurter Ausschuss auch die Ausküsse von Darmstadt, Siegen, Mainz und Wiesbaden vertreten waren. Auch in diesen Sitzungen ist in den aus Beratung stehenden Fragen stets nach gründlicher Beratung Einigkeit erzielt worden. Einige Sitzungen mit den agitatorisch tätigen Kollegen haben ebenfalls zur Bildung, Anregung und Aufklärung beigetragen und sind der Menge zugänglich gewesen. In dieser Frage muß aber Vorsicht geübt werden, vorläufig handelt es sich nur um beschleunigte Anfänge.

Die Zahl der eingegangenen Briefe, Karten, Drucksachen und sonstigen Sendungen betrug 1568, die Zahl der Ausgänge 8858 Sendungen.

Das Jahr 1905 brachte für die Gaukasse zwar erheblich höhere Einnahmen, aber auch dementsprechend hohe Ausgaben, so daß der Kassenbestand ziemlich gleich geblieben ist. Besonders ist für die Gaukasse der Zweigverein Coblenz beständig gewesen, weil sich dauernd mit Zustimmung der dortigen Kollegen den Kollegen Pfeiffer mit der Agitation befreuen mußten. Erfreulich ist, daß wir in diesem Jahre ohne Ausfall der Hauptkasse ausgekommen sind. Wir hoffen, diese Position auch in Zukunft behaupten zu können. Die Einnahmen und Ausgaben der Gaukasse ergaben folgende Resultat:

Ergonomics

Kassenbestand vom Jahre 1904	M.	1472,26
Vom Verbandsvorstand erhalten nach § 8 des Statuts		5968,10
An Beiträgen aus den Zweigvereinen	"	2718,55
An Auslagen für die Streitleitung zurück	"	275,20
	Summa	M. 10432,11

Message

Beamtengehalt	M. 2160,—
" für das Jahr 1904.	360,—
Entganger Arbeitsordentl.	158,76
Daten	1829,75
Fahrgeld	1809,67
Druckdraden	672,70
Borto und Schreibmaterial	239,89
Zeitungsbonnement und Kassenreduktionen	184,72
Sitzungen und Versicherungen	170,98
Bureauamte, Reinigung und Bedienung	498,50
Zuschuß für Agitation in Görlitz und Umgegend	1600,77
Summa	M. 9178,50

ഇന്ത്യ മഹി

Einnahme	M. 10482,11
Ausgabe	" 9178,24
Kassenbestand	M. 1255,87

B. Fick, G. Dengel, Adam Hermann, Revisoren.
Der Gauvorstand.

Page 1

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige
Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fach-
organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag-

Worgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)
Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß
Gestaltungen und Adressenveränderungen nur dann
für die laufende Nummer berücksichtigt werden
können, wenn sie Dienstags Vormittags in unserem

Unactiveren Caffieren

Bom Schöffengericht Recklinghausen wurde der Maurer Scherk wegen Unterschlagung zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte als Fußfassflößer M. 29.40 für sich verbraucht.

Wem gehört das Verbandsbuch? Diese für unsere Mitglieder durchaus nicht unbedeutende Frage ist kürzlich vom Amtsgericht Ibbenbüren entschieden worden. Ein Maurer C. wurde arbeitswillig; er wurde darauf vom Zweigverein Ibbenbüren aus dem Verbande ausgeschlossen. Er wandte sich dann nach Kiel, wo es ihm gelang, seinen Aufschluß zu verheimlichen und die Beiträge weiter zu entrichten. Nach später wieder nach Ibbenbüren kam, nahm ihm der Kassierer des Zweigvereins das Verbandsbuch ab. C. klagte nun gegen den Kassierer Harder auf Herausgabe des Verbandsbuches. Seine Klage wurde, jedoch abgewiesen, da das Gericht sehr richtig annahm, daß das Verbandsbuch Eigentum des Verbandes sei. Entscheidend für das Urteil war der § 16 Abs. 1 des Statuts, wo es heißt, daß "für verlorene und unbrauchbar gewordene Ortsflügelschriften 25,- zu zahlen". Indurch, so führte das Gericht aus, sei das Eigentumrecht des Verbandes an dem Verbandsbuchern ausgesprochen. Die Bestimmungen des Verbandsstatuts aber seien maßgebend; denn von jedem Mitglied werde gefordert, daß es die Statuten als rechtsverbindlich

Barmbekt. In unserer Versammlung am 11. d. J. wurde zunächst über unseres Lohntarif beraten. Die Kommission der Unternehmung und die des Zweigvereins hatten folgendes vereinbart: Vom 1. Mai d. J. bis 31. März 1904: 48,- Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit, und hor-

1. April 1907 bis 1. Mai 1908 52 3 Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit. Ferner hatten die Unternehmer sich bereit erklärt, unseres Verband anzuzulassen. Die Vereinbarung wurde von der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen. Somit ist unter Lohnarist auf zwei Jahre abgeschlossen. Dann wurde von den Körbeldelegierten beantragt, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern; dieses wurde aber leider von der Versammlung abgelehnt. Zum Abschluss vertraten die Kollegen freiwillig. Zum Schlus wurde noch beschlossen, daß erwartete Mitglieder sich innerhalb acht Tage beim Vorsitzenden zu melden haben.

Brandenburg a. d. H. In der am 11. März hier abgehaltenen Mitgliederversammlung erhielten nach Erledigung anderer Angelegenheiten die Delegierten des Zweigvereins Bericht von dem am 4. März abgehaltenen Gaukongress. Hierbei wurde von den Delegierten erwähnt, daß sie bei der Wahl der Vorsitzenden und der Kommissionen das Gefühl gehabt hätten, als wenn die Wahl der einzelnen Kollegen hierzu schon vorher beschlossene Sache war, indem man Delegierte vorschlug, die gar noch nicht anwesend waren. Sehr große Arbeit und Mühe haben sich der Gauvorstand mit den Anträgen gemacht zu haben; er hatte sie in zwei Kategorien eingeteilt: die ersten, den Gau betreffend, wurden wenigstens von den Antragstellern begründet, die folgenden, nach der Erklärung des Vorsitzenden, daß sie nur Berlin betreffen, gar nicht diskutiert. In der Versammlung war man nun einstimmig der Ansicht, daß über diese Anträge gründlich diskutiert werden müsse, um endlich Klarheit zu schaffen, da sich doch auf dem vorjährigen Verbandsstag der Verbandsvorsitzende über dieselben Anträge folgendermaßen ausließ: "Diese Anträge sind den meisten Delegierten nicht verständlich, weil sie speziell nur den Gau Berlin betreffen." Heute, da nur Vertreter von Zweigvereinen des Gaus anwesend waren, schien man anderer Meinung zu sein: man verwarf die Antragsteller wieder an den Verbandsstag (wo sich ja dann vielleicht das Obengesagte wiederholen kann). Von der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die heutige Mitgliederversammlung verurteilt auf das entschiedenste die einseitige Stellungnahme des Gaus und Gauvorstandes auf den Gaukongress zu Gunsten der Großstädte (speziell Berlin). Die Versammlung wünscht, daß beide Formationen mehr als bisher die Interessen der kleineren Zweigvereine vertreten."

Casé a. d. S. Am 4. d. M. fand unsere Mitgliederversammlung statt. Zunächst erhielt der Vorsitzende den Gaubericht vom vierten Quartal und den Jahresbericht von 1905. Hervorgehoben ist aus dem Bericht, daß die Jahreseinnahme und Ausgabe der Hauptstelle mit 789.55 balancierten. Die Lotterie hatte eine Einnahme insl. Bestand von 2.386.71, der eine Ausgabe von 170.24 gegenübersteht. Bestand somit 1.168.47. Die Mitgliederzahl stieg erfreulicherweise wieder auf 87 am Jahresende. Infolge des schlechten Versammlungsbefehls sind einige Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstand geblieben. Besonders aber mit ihren Beiträgen am Orte selbst (Mai, Juni usw.). Diese Saumfreiheit wirkt recht beschämend. Um diese Flüchtigkeit aus dem Rückstand zu schaffen, werden den Kollegen von jetzt an Stempel in die Mitgliedsbücher gedrückt. Einige Bauteilekontrollen wurden im Jahre vorgenommen, über die wir schon früher berichteten. Rassenrevisionen wurden vom Vorstand und den Kreisvorsitzen je viermal ausgeführt. Auf Antrag der Kreisvorsitzen wurde der Gauvorstand entlastet. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Karl Ritter durch Stimmenwahl einstimmig gewählt. Eine rege Debatte zeitigte die Wahl eines ersten Kassierers; denn von sämtlichen vorgeschlagenen Kollegen stand sich keiner bereit, das Amt anzunehmen. Auf Antrag Ritters wurde dem Kollegen Ritter dieses Amt mit übertragen. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes und die Kreisvorsitzen wurden per Namenswahl gewählt. In "Geschehen" führte Kollege Ritter an, daß einige hiesige Unternehmen mit Lohnreduzierungen vorgegangen; der Unternehmer Liedmann bat sogar seinen Maurern anstatt 38 3 nur 20 3 Stundenlohn ausbezahlt. Hieran können sich aber die Kollegen nur selbst die Schuld bezeichnen; denn die Unternehmer wissen genau, wie es jetzt in unseren Versammlungen aussieht. Nach einem warmen Appell an die Anwesenden, überall, besonders auf den Wauten, für unsere Sache zu agitieren, schloß der Vorsitzende die leidlich besuchte Versammlung.

Chemnitz. Dienstag, den 6. März, tagte in der "Hoffnung" eine öffentliche Maurerversammlung, die leidlich gut besucht war. Der Bericht über die Gaukonferenz erhielt die Kollege Heder, der hervorhob, daß die Konferenz nicht befriedigt habe, da alles überhöftet worden sei. Eine Reihe Baustellen seien überhaupt nicht dazu gekommen, ihre Wünsche vorzubringen. Die Forderung des Kollegen Jatz, daß die Extraunterstützungslasten befehlten würden, habe allgemeine Zustimmung gefunden. Weiter habe der Gauvorstand seine Zustimmung gegeben, daß die schwächeren Baustellen von der Hauptstelle unterstützt würden. Zur Diskussion stand Kollege Bachmann, daß die auswärtigen Kollegen ihre Beiträge nicht in Chemnitz bezahlen, sondern da, wo sie niedriger sind. Darauf wurde ein Antrag angenommen, der bestimmt, daß alle Kollegen, die in denbeitragsfreien Monaten die Mitgliedschaft erwerben, den 10.-Jahresbeitrag zum Volksfonds zu zahlen haben, und daß diejenigen Chemnitzer Kollegen, die bei Eintritt derbeitragsfreien Zeit noch kein Jahr Mitglied sind, solle 18 Wochen, respektive bis zu dem Zeitpunkt zu bezahlen haben, an dem ihre Mitgliedschaft die Jahresdauer erreicht hat.

Görlitz (Anhalt). Am 10. März fand hier selbst eine Mitgliederversammlung statt. Der Gauvorsteher, Kollege Koch, war dazu erschienen, um wegen des Auschlusses eines Mitgliedes persönlich an Ort und Stelle Erklärungen einzugeben. Da hier fortgesetzte Streit wegen des Lohnes der Fabrikmauer herstellt, wird ein vor circa 1½ Jahren gefasster Beschluß, monach sie 35 3 pro Stunde erhalten müssten, erneuert. Ein Antrag, Aufschlüssel aus dem Verband auszuweisen, wurde angenommen. Der Verband der Maurer und Verfugsgenossen hat sich aufgelöst; die Mitglieder sind dem Zentralverband beigetreten, das Inventar, Bibliothek und Vermögen geht in den Besitz des Zweigvereins über. Das Vermögen von 159.80 wird zur

Unterstützung von kranken Kollegen verwendet. Sie müssen am 1. Januar 1906 entweder dem Zentralverband oder dem Verein der Maurer und Verfugsgenossen angehören haben. Das Gewerkschaftsamt erlässt einen Aufruf zum Sammeln eines Krankenhausbaufonds. Es wurde eine Kinder-Kommission dazu gewählt. Ferner sollte zum 1. Mai Stellung genommen werden. Der Punkt wurde auf die Tagesordnung zur nächsten Versammlung gesetzt. Der Vorsitzende erfuhr die Kollegen, zur nächsten Versammlung, schon des letzten Punktes wegen, recht gähnend zu erscheinen.

Glogau. Donnerstag, den 6. März, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die wegen der wichtigen Tagesordnung statt befürchtet war. Die Lohnkommission erhielt Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmen. Unsere Forderung lautete auf 42 3, und die Unternehmer boten 38 3 bei zweijähriger Vertragsdauer. Nach langer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: "Die Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen und spricht ihr Bedauern aus, daß die Unternehmen nur 38 3 bewilligen wollen. Da dieser Lohn den heutigen Verhältnissen nicht entspricht, verpflichtet die heutige Versammlung, die Lohnkommission weitere Verhandlungen einzubuchen, und zwar auf der Basis, daß für dieses Jahr 40 3 und für nächstes Jahr 42 3 festgesetzt werden."

Gräfenhain. Am 11. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die leider, wie gewöhnlich, schlecht besucht war. Trotzdem die Gräfenhainer Kollegen allen Grund hatten auf dem Posten zu sein, halten sie es nicht für würde, mit diesen Versammlungen zu befreien. Der Vorsitzende wies, unter anderem darauf hin, daß sich das Bau-delegiertenwerk gut bewährt hat, und forderte die Kollegen auf, dieses Entseim ebenfalls einzuführen. Es wurden dann auch zwei Kollegen als Bau-delegierte gewählt. Ferner gab der Vorsitzende ein Schreiben des Gauvorstandes bekannt, in dem auf ein im März vom Gauvorstand ausgebautes Blatt hingewiesen wurde. Es meldeten sich erste Leute, welche alle im Zentralverband der Maurer Deutschland organisiert sind — den richtigen Beauftragten seiner Wirtschaft zu geben, war er Sonntag, den 25. Februar, in Al-Sibau beim Gau-Gauvorsitzende Bünpl, wo unsere Kollegen, die in Gräfenhain Mitglieder sind, eine Versammlung abhielten, erschienen. Unsere Mitglieder, die die Fiale als christlichen Agitator kannten, ihn aber noch nicht als Denunziant kennen gelernt hatten, gewöhnten ihm Gauauftrittsbrief. Weiter hatten sie getan, wenn sie ihm gezeigt hätten, wo der Zimmermann das Lach gelassen hat. Diese Guttmütigkeit unserer Mitglieder hat fatale Auswirkungen und sie wegen einer nicht angemeldeten Versammlung beim Landrat denunziert. Somit hat Fiale unser Mitgliedern in Al-Sibau gezeigt, auf welchem Gebiete er zu Hause ist und am besten Erfolge zu erzielen versteht. Und welche Seiten stehen den Arbeitern noch vor, das sie und ihre Organisation auch die Interessen der Arbeiter wahren wollen.

Groß-Wokern. Sonntag, den 11. März, tagte hier eine gut besuchte öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, die sich mit der Lohnfrage beschäftigte. Aus dem Bericht der Lohnkommission ging hervor, daß der Stundenlohn am 1. Januar 1906 von 35 auf 37 3 von den Unternehmen erhöht und die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. 1908 und 1909 wollen die Unternehmen 38 3 zahlen. Gefordert werden 40 3, und zehnstündige Arbeitszeit ab 1. April 1906. Nach langer Debatte wurde das Angebot einstimmig abgelehnt und die Lohnkommission beauftragt, nochmals um eine Unterhandlung bei den Unternehmen nachzufragen. Unter Berücksichtigung des Gauvorstandes, Kollege Mügel-Lübeck, in längeren Ausführungen auf die Arbeiterpresse hin. Er tadelte die Interessenslosigkeit der Kollegen und forderte sie auf, sich mehr als bisher um ihre Angelegenheiten zu kümmern.

Emden. Am 2. März fand in Borkum eine öffentliche Maurerversammlung statt, zu der auch die Meister eingeladen und erschienen waren. Zunächst hielt Kollege Blum einen Vortrag über die Zustände, wie sie vor der Organisation vorhanden waren und wie sie sich nach Einführung des Verbundes geändert haben. Durch die Organisation sei schon manches Gute für die Kollegen geschaffen worden, und es würde sich auch noch schaffen lassen, wenn die Kollegen immer auf dem Posten seien. Auch für die Kollegen in Borkum wäre es Zeit, daß sie sich der Organisation anschließen, um zunächst mal die Klassentonne zu entfernen und einen einheitlichen Stundenlohn einzuführen. Aber auch für die Befreiung der argen Misstände auf den Bauten mußte Sorge getragen werden. Die Gerüste seien ohnehin sehr schlecht und entsprächen keineswegs den Unfallverhütungsvorschriften. Baubuden seien überhaupt nicht vorhanden, und wenn man einmal eine finde, so diene sie nicht zur Aufbewahrung von Material als zum Unterschlupf für die Arbeiter. Wer jetzt, bei der Organisationslosigkeit, für die Befreiung dieser Misstände eintrete, werde gewahrgenommen, wie dies dem Kollegen Ohling passierte. Es sei jetzt die beste Zeit, hier andere Zustände zu schaffen, weil augenscheinlich die Befreiung hier sehr gut sei. Aus diesen Gründen müssten sich alle Kollegen der Organisation anschließen und aufwiegeln für sie agitieren.

Holtenau. Der hiesige Zweigverein hielt am 7. März seine regelmäßige gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die an dem Sieverfall Bau beteiligten Mitglieder wurden geschildert. Die Baubude wurde mit dem Titel "Schweinefall" belegt. Cement und sonstiges Baumaterial wird in der Frühstücksbude gelagert. Der Dafelstall als Polier fungierende Kollege Otto wurde aufgefordert, sofort Abfälle zu schaffen. Von Kiel war ein Schreiben eingegangen, in dem der Zweigverein Holtenau aufgefordert wird, sich mit Kiel an einem Zweigverein zu verschmelzen; dies wurde von den Kollegen entschieden zurückgewiesen. Eine Versammlung wegen der Raiffeise wurde auf die nächste Versammlung verschieben. Vom Vorsitzenden wurde der Bericht der Vorstandsgesellschaft gemacht, sich mit sämtlichen Gewerkschaften Holtenaus in Verbindung zu setzen zwecks Gründung eines Gewerkschaftsverbandes. Es wurden drei Mann gewählt, die die nötigen Vorarbeiten zu erledigen haben. Die mangelschaffende Protollführung des früheren Schriftführers wurde von der Versammlung gefordert.

Kaista. Unsere am 4. März abgehaltene außerordentliche Versammlung war zahlreich besucht, galt es doch in dieser Versammlung, die zehnstündige Arbeitszeit vom 1. April ab einzuführen. Es waren hierzu auch die organisierten Maurer und Zimmerer eingeladen. Sämtliche Kollegen, die sich zum Posten melde, traten mit aller Energie für die zehnstündige Arbeitszeit ein, ebenso die Kollegen vom Verband der Zimmerer. Nach langer Debatte wurde einstimmig beschlossen, die Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden herabzusetzen. Dieser Beschluß soll am 18. März durch die Lohnkommission den Unternehmen unterbreitet werden, um der Versammlung des selben Tagess Bericht zu erstatten. Die Unternehmen sollen sich ausgetauscht haben, den vereinbarten Lohnarbeitsmonat vom 1. April ab der Stundenlohn um 2 3 erhöht wird, nicht innezuhalten. Die Lohnkommission soll auch in dieser Hinsicht mit vorstellig werden. Der Vorsitzende sowie noch etliche Kollegen ermahnten die Versammlung, als Mann für Mann zusammenzuhalten. Wie im "Kahl'schen Tagblatt" vom 8. März zu lesen war, haben sich die Unternehmer in Kahl und in dem Nachbardorf Löschitz zu einem Bund vereinigt. In der Befreiung des Submissionsbundes sind sich die Herren nicht immer so einig; doch wenn es gilt, ihren Arbeitern schroff entgegentreten, schließen sie sich zu einem Bund zusammen. Kahl und Löschitz sind ein Arbeitgeberbund! Es ist zum Laden. Die Versammlungen finden jetzt stets im "Blauen Garten" statt.

Kulmbach. Am 4. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die leider, wie gewöhnlich, schlecht besucht war. Trotzdem die Kulmbacher Kollegen allen Grund hatten auf dem Posten zu sein, halten sie es nicht für würde, mit diesen Versammlungen zu befreien. Der Vorsitzende wies, unter anderem darauf hin, daß sich das Bau-delegiertenwerk gut bewährt hat, und forderte die Kollegen auf, dieses Entseim ebenfalls einzuführen. Es wurden dann auch zwei Kollegen als Bau-delegierte gewählt. Ferner gab der Vorsitzende ein Schreiben des Gauvorstandes bekannt, in dem auf ein im März vom Gauvorstand ausgebautes Blatt hingewiesen wurde. Es meldeten sich erste Leute, welche alle im Zentralverband der Maurer Deutschland organisiert sind — den richtigen Beauftragten seiner Wirtschaft zu geben, war er Sonntag, den 25. Februar, in Al-Sibau beim Gau-Gauvorsitzende Bünpl, wo unsere Kollegen, die in Kulmbach Mitglieder sind, eine Versammlung abhielten, erschienen. Unsere Mitglieder, die die Fiale als christlichen Agitator kannten, ihn aber noch nicht als Denunziant kennen gelernt hatten, gewöhnten ihm Gauauftrittsbrief. Weiter hatten sie getan, wenn sie ihm gezeigt hätten, wo der Zimmermann das Lach gelassen hat. Diese Guttmütigkeit unserer Mitglieder hat fatale Auswirkungen und sie wegen einer nicht angemeldeten Versammlung beim Landrat denunziert. Somit hat Fiale unser Mitgliedern in Al-Sibau gezeigt, auf welchem Gebiete er zu Hause ist und am besten Erfolge zu erzielen versteht. Und welche Seiten stehen den Arbeitern noch vor, das sie und ihre Organisation auch die Interessen der Arbeiter wahren wollen.

Letzpig. Die Nummer 11 des "Grundstein" enthält einen Versammlungsbericht aus Taucha. Danach soll die Versammlung dagegen protestiert haben, daß den Gauvorständen jener Gehalt wird, der vom letzten Verbandsstag als angemessen betrachtet wurde. Sollte dies auf Wahrheit beruhen, so wäre nur bewiesen, daß diese Kollegen unzählig sind, die Arbeiten des Gauvorständen zu beurteilen und zu bewerten. Der Gehalt des Gauvorständen betrug bisher M. 1800. Eine ganze Anzahl Maurer, die als Fleißleger oder als Flabiguere u. u. beschäftigt sind, haben ein um einige hundert Mark höheres Einkommen und arbeiten nur neun Stunden pro Tag, während wir von früh bis spät in die Nacht hinein beschäftigt sind; oder will jemand behaupten, es sei nicht so? Nun möge man meinen Hinweis auf die Höhe der Fleißleger u. u. nicht falsch auslegen. Dass den Tauchaer Versammlungsbesuchern die Neuwahl des Gauvorständen sowie die Geschäftseröffnung so wichtig erscheint, um diese Punkte in Bunt auf der Konferenz zuerst zu behandeln, zeugt von großer Unkenntnis in der Behandlung von Versammlungsfragen. Das er der bislang Vorsitzende seinen Bericht erhielt haben muß, ehe eine Neuwahl vorgenommen werden kann, leuchtet den Kollegen wohl nicht ein. In Bunt werden wir uns wohl nach der Intelligenz in Taucha richten, und das wird beim Schwanz aufzäumen. In dieser Versammlung hat auch ein Kollege angefragt, ob die vom Gauvorstand gehaltenen Referate auf den einzelnen Mitgliedschaften noch bezahlt werden; in Großitz liegen A. 25 bezahlt werden. Eine Antwort auf diese Frage hat der Vertrauensmann nicht gegeben. Da im Bericht auf diese Frage jede Antwort fehlt, so muß jeder Leser den Verdacht schöpfen, irgend ein Mitglied des Gauvorständen habe sich das Geld geben lassen. Es dürfte den guten Deutu in Taucha zu raten sein, sich in solchen Dingen recht klar auszudrücken, damit durch ihre Ungefährlichkeit nicht noch Unrecht verdächtigt werden. Was nun die Befreiung betrifft, das in Borkum ein Bau nicht geperrt werden soll, so ist festzustellen, daß dem Leipziger Verbrauermann diese Sache unbekannt ist; auch hier dürfte wieder gespukt worden sein. Weiter wollen wir aber noch bemerken, daß wir durch unsere Sparten bei nur zwei Unternehmern A. 1000 Arbeitslohn gezeichnet haben, während die Tauchaer, die sich in der Sparte Geister so unfördarlich benahmen (siehe Versammlungsbericht aus Taucha "Grundstein" Nr. 6), zu verzeihen haben, daß der Kollege Bledow seinen Lohn heute noch nicht erhalten hat. G. Jacob.

Lüchow. Nach langer Mühe und Arbeit ist es uns endlich gelungen, für die Kollegen von Lüchow und Umgebung einen Zweigverein zu gründen. Schon vor Jahren bemühte man sich unzählig, die Kollegen für den Verband zu gewinnen, doch scheiterte unser Bemühen teils an der Interessenslosigkeit der Kollegen. Sie meinten immer, das habe für sie ja doch keinen Zweck. Die Zeit hat es gelehrt, daß es doch Zweck hat; jetzt, wo sich überhaupt der ganze Lebensunterhalt gegen früher erheblich verschärft hat, ist man zur Einsicht gelangt, daß Abhälften geschaufen werden müsse. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erstaunen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliedszahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zu zugänglich zu machen. Das Beste werden müssen. Auf eine Anregung einiger organisierten Kollegen war der Gauvorsteher Kollege Ober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Augen und Blut der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu Leibe. Es wurde sodann die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen.

zur Wahl des Vorstandes geschritten. Es wurde als erster Vorsitzender Karl Tribbiani, als erster Kassierer Ernst Künzel gewählt. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Niemarkt i. Thür. Sonntag, den 4. März, hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Die diesjährige Agitation. 3. Verschiedenes. Als Referent war Kollege John aus Breslau erschienen, der den Kollegen nochmals den Lohn- und Arbeitsvertrag von 1806/07 bekannt gab. In seinen Ausführungen wies er u. a. besonders darauf hin, daß es für unseren Zweigverein von großem Nutzen ist, daß es zu einigen derartigen Verträge kam und die Meister die Organisation anerkannten. Im zweiten Punkt „Agitation“ gab der Vorsitzende, Kollege Mettke, bekannt, daß im Laufe des Monats eine Haushaltssitzung stattfinden soll, an der sich die Kollegen zahlreich beteiligen möchten, da wir in unserem Kreise noch ein großes Süß Land vorbar machen hätten. Zur Leitung an der Gauversammlung wurde der Kollege Mainwars gewählt. Mit einem Hoch auf den Centralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Nürnberg-Fürth. Am 31. Januar hielt der hiesige Zweigverein eine ordentliche Generalversammlung ab, die annehmbar befreit war. Der Vorsitzende, Kollege Umhoefer, gab den Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. Der sehr eingehenden Darstellung ist zu entnehmen, daß sich viele Unternehmer nicht an den abgeschlossenen Tarif gehalten wollen. Da der Kassierer nicht zugegen sein konnte, so gab Kollege Umhoefer auch den Kassenbericht für das vierte Quartal 1905. Die Einnahme der Hauptfasse betrug M. 8338,29, die Ausgabe M. 6872,10, es bleibt ein Bestand von M. 1468,19. Die Einnahme der Lofatasse betrug M. 271,27, die Ausgabe M. 2271,91, so daß ein Kostenbestand von M. 1965,80 verbleibt. Die Jahreseinnahme für die Hauptfasse betrug M. 25 315,80. Die Jahresausgabe der Hauptfasse betrug M. 9759,11, die Ausgabe M. 7798,75, somit ist ein Kostenbestand von M. 1965,86 vorhanden, wovon M. 1848 bei der städtischen Sparskasse gebucht sind. Ferner ist noch ein Bestand von dem früheren Lofafonds im Betrage von M. 666,72 vorhanden. Das Andenken der im Berichtsjahr verstorbenen 19 Kollegen wurde durch Erbogen von den Söhnen gebracht. Hierauf erstattete Kollege Weincke den Bericht der Referenten und bestätigte, daß Käufe und Bücher stets in Ordnung vorliegen würden. Er beantragte, dem Zweigvereinsvorstand Decharge zu erteilen. Der Antrag wurde angenommen. Zur Neuwahl der Verwaltung vor ein Kollegen Merkl herzüglich in einer erweiterten Vorstandssitzung gestellter und angenommener Antrag zur Verabschaffung vorgelegt, der besagte, daß der Zweigvereinsbeamte von nun an Kassierer sein sollte. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag angenommen. Bei der Wahl wurde Kollege Umhoefer wieder als Beamtler gewählt. Eine ziemliche Anzahl Anträge lagen noch vor, die teils der Verwaltung zur Befürdung überwiesen, teils angenommen wurden, zwei wurden abgelehnt. Bei der Wahl der weiteren Verwaltungsmitglieder wurde als erster Vorsitzender Kollege Urban Engelhardt gewählt, der aber ebenso wie der als Schriftführer gewählte Kollege und zwei von den Referenten die Wahl ablehnte. Kollege Engelhardt begründete das mit den ersten Seiten, denen man entgegen gehe und denen er nicht gewachsen sei. Wegen vorgerückter Zeit und wegen der ziemlichen Härte, die im Saale herrschte, wurde beschlossen, die Erstwählerwahlen in einer weiteren Fortsetzung der Generalversammlung, die am 7. Februar im „Café Welt“ tagen soll, vorzunehmen. Die Beschuß wurde eine Resolution, betreffend die Meisteier, einstimmig angenommen.

Am 7. Februar tagte nun die Fortsetzung der Generalversammlung, die vom Kollegen Umhoefer eröffnet wurde. Als erster Punkt war die Wahl eines ersten Vorsitzenden, des Schriftführers und zweier Referenten vorzunehmen. Nunmehr wurde Kollege Johann Siegler zum ersten Vorsitzenden, Johann Stiel zum Schriftführer und die Kollegen Weincke und Wär als Referenten gewählt. Sobald wurde über einen eingegangenen Antrag verhandelt, der dahin lautet, daß in Zukunft alle Hülfslässiger ihrer Vergütung für die Polizeiarbeit stehen lassen müssen, bis sie die Summe der im Sommer in einer Woche vereinbahnnten Gelder erreicht hat. Diese Gelder bleiben dann als Kavution so lange stehen, wie der Kollege das Amt beliebt. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag mit Majorität angenommen. Wegen Vergangen gegen die Interessen des Verbandes wurde nach langer Diskussion der Kollege Georg Merkl nach § 37 b des Status ausgeschlossen. Kollege Umhoefer gab noch das Treiben eines fragwürdigen Individuums Namens Lindner bekannt, der nicht einmal Maurer ist, aber trotzdem, von anarchosocialistischer Seite inspiriert, verlücklich, Unregelmäßigkeit unter die Kollegen zu bringen, indem er eine freie Vereinigung der Maurer gründen will. Kollege Umhoefer empfiehlt Nachsicht auf den Bauten, damit ihm rechtzeitig sein verworfenes Handwerk gelegt werden kann. Kollege Umhoefer erwähnte die neu gewählten Verwaltungsmitglieder, sich ihrer Aufgabe bewußt zu sein, und forderte die Mitglieder auf, die neue Zweigvereinsverwaltung nach allen Richtungen hin und mit besten Kräften zu unterstützen; denn nur dann würde es möglich sein, das Ziel zu erreichen, wenn wir sonst und sondern zusammenarbeiten. Ferner forderte er die Kollegen auf, sich auch politisch zu organisieren und Abonnenten der „Frankfurter Tagepost“ zu werden. Wenn jeder auch auf diesem Gebiet seine Schuldigkeit tut, dann kann von einer guten Maurervereinigung geredet werden. Hierauf erfolgte Schluss der Versammlung.

Über die Bewilligungen des in dem Bericht genannten Ander wird noch geschieben: Hier treibt gegenwärtig ein Individuum namens Hans Lindner sein Unwesen. Sein Plan ist, hier eine „Freie Vereinigung“ zu gründen. Es dürfte sich empfehlen, gleich vor vornherein ein Charakterbild von diesem sauberen Musterhaufen zu geben, damit alle Kollegen sein Beinamen nach dem wahren Wert schlagen können. Was er eigentlich ist, darüber herlich läßtiges Dümfel. Früher war er im Meissnerardierverband, später bei den Bauhülfearbeitern; zuletzt hatte er es einem Berleben zu danken, daß er Mitglied unseres Verbandes wurde. In Nürnberg fungierte er plötzlich als Maurer. Sein unsolidaristisches Verhalten möchte ihn auf den Bauten Nürnbergs bald zu einer höchst unsympathischen Person, mit der niemand mehr gern arbeitet, zumal auch seine handwerkswähnige Tüchtigkeit so beschränkt war, weil er eben gar kein Maurer ist, daß Konflikte mit den Polizisten bestreiten an der Tagesordnung waren. Nun ging natürlich die Sache los. Wie ein Rohrspaz weiterete er über die zentralorganisierten

Maurer und deren Führer, die er durchweg Streitbrecher und Denunzianten nenne. Die hiesigen Führer der Maurer und Baubarbeiter erwiderten keinen seiner Angriffe; denn sie hielten solches Individuum eben nicht der Beachtung wert. Dadurch verneigte sich freilich nun seine Wut; er ließ keine Ruhe und drohte, wenn man ihm sein Gehör schenke, dann wolle er seine Beschwerde bei dem Vorsitzenden des christlichen Verbandes anbringen. Das tat er aber nicht; vielmehr fand er noch zwei gleichgesinnte Seelen, die ihm in allem ebenbürtig sind. Mit diesen zusammen gab er ein Blatt heraus, in dem er zur Gründung einer „Freien Vereinigung“ aufrief. Auch eine öffentliche Versammlung hielt der sauber Herr ab. Es waren jedoch keine Gedächtnisse zu machen; die ganze Strecke betrug zwei oder drei Gefällestufen, die zu Linden passen wie die Faule aufs Zuge. Auch in Zukunft werden wie schon dafür sorgen, daß Linders Gipflungen nicht in den Himmel wachsen.

Nissa. Sonntag, den 4. März, tagte hier eine Mitgliederversammlung. Auf Antrag des Vertretersmannes wurden die Kollegen Thiene-Schreiber und Pohle-Groß wegen großer Verstöße gegen die Verbandsinfanterie ausgeschlossen. Weiter wurde einstimmig beschlossen, vom 1. April an einen Lofatassenzug von 10 s pro Woche zu erheben; die „Grundstein“ musste soll von da an in Bergstufen. Das Gewerkschaftsstatistik hatte die Verwaltung dieser Hütte erfüllt, die Maurer möglicherweise dem Statistiker antrauen. Dies macht sich aus verschiedenen wichtigen Gründen auch nötig. Es wurde beschlossen, wieder beizutreten, jedoch nur unter den Bedingungen, daß das Gewerkschaftsstatistik seine Sitzungen in Zukunft nicht mehr im Restaurant „Zum Bergsteiger“ abhält. Der Wirt vorgenannten Restaurants, „Geno“, Mohr, will sein Lokal nicht mehr zu politischen Versammlungen zur Verfügung stellen; nur Gewerkschaften können noch bei ihm verbleiben. Wir sind der Meinung, wenn er das eine nicht will, soll er das andere nicht haben. Als Delegierte zum Statistik wurden die Kollegen Roth, Werner, Mende, Brüner, Dietrich und Büchner gewählt. Weiter wurde eine Ergänzungswahl der Lohnkommission vorgenommen. Der Vertretersmann forderte die Kollegen dringend auf, das Baudelegiertenwesen in diesem Jahre besser und exakter zu handhaben als bisher. Geno Drescher hielt dann noch einen längeren Vortrag. Er entledigte sich seiner Aufgabe in treffender und aufdringender Weise. Mögen die anwesenden Kollegen das vom Referenten Gesagte beherzigen, so wird es auch bei uns immer besser vorwärts gehen.

Notitzsch. Nach mehrjähriger Pause wurde hier am 18. Februar wieder eine Mitgliederversammlung abgehalten, die sich mit der Wahl eines Vorstandes und Aufnahme neuer Mitglieder beschäftigte. Die Mitgliederzahl, die vor sechs Jahren 80 betrug, war bis auf 15 gesunken. In der am 4. März hier abgehaltenen zweiten Versammlung konnten wir feststellen, daß sich die Kollegen wieder einigermaßen befreit haben. Die Mitgliederzahl ist jetzt auf 60 gestiegen, Kollege Wissbar aus Bitterfeld gab als Delegierter den Bericht von der Gaulandserung in Altenburg. Er verstand es, durch einen Vortrag die heutige Lage des Arbeiters gegenüber der der Unternehmer in treffender Weise darzulegen. Doch dieser Vortrag der den Kollegen an Herz und Geist ging, nicht auf schlechten Boden gefallen ist, zeigte der große Beifall, den der Redner erhielt. In „Verschiedenes“ erfuhr Hense die Kollegen, kräftig für die Organisation einzutreten, um die noch fehlenden Kollegen mit hereinzuholen. Die sehr gut besuchte Versammlung wurde mit einem begeisterten Auftakt angenommen und hoch auf den Centralverband der Maurer.

Tittmann. Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 11. März, eine Mitgliederversammlung ab, die von circa 25 Kollegien besucht war. Kollege Stehle aus Singen referierte über Augen und Zweck der Organisation. Er verstand es, in dreiviertelständiger Rede den Kollegen klarzulegen, daß nur durch Einigkeit und zielbewußtes Zusammenhalten etwas erreicht werden könne. Zum Schlusse forderte er aller der Organisation noch fernstehenden Kollegen auf, dem Verband beizutreten, die organisierten Kollegen aber ermunterte er zu läuterer Agitation. Reicher Beifall wurde dem Redner zu teil. In bezug auf die Lohnbewegung einigte man sich dahin, daß eine fünfköpfige Kommission die Vorarbeiten zur Errichtung von Forderungen erledigen soll. Die Kommission wurde sofort gewählt. Der Versammlung schloß unter herzlichen Wörtern des Danzes an alle Anwesenden die Versammlung.

Tilsit. Die hiesigen Maurerpolicier hatten zum 11. März eine Versammlung einberufen, um sich als lokale Streitbrecherorganisation dem christlichen Bauhandwerkerverbande anzuschließen. Zu dieser Versammlung hatten sich auch einhundert Mitglieder des Centralverbandes eingefunden. Die Versammlung wurde durch den Gründer des Streitbrecherverbandes, den Maurerpolicier Freihof eröffnet. Als sich hierauf unter Kolleg Stenzel zum Worte meldete, wurde ihm dieses nicht nur nicht gestattet, sondern er wurde ihm auch von Freihof das Lokal verwiesen. Infolge des eigenartigen Vorgangs des Oberstreichers kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die schließlich dazu führten, daß die Versammlung in tumultärer Weise auseinanderbrach, ohne daß die Polizei ihren Zweck erreicht hatte. Wie eine hiesige Zeitung in einem stark zu Gunsten der Polizei gefärbten Bericht mitteilt, sind die Streitbrecher alias Polizei später nach einem anderen Lokal gegangen und haben dort den Anschluß an die große Centralstreitbrecherorganisation, genannt Verband christlicher Bauhandwerker, vollzogen.

Tribsees. Sonntag, den 4. März, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins, die zahlreich besucht war. Vor Eintreten in die Tagesordnung wurden die im Frühjahr 1905 ausgeschlossenen Kollegen wieder aufgenommen; mehrere bisher unorganisiert gewesene Stellen ließen sich ebenfalls aufnehmen. Dann verlas der Vorsitzende, Kollege Hollmann, die eingelaufenen Briefe und Karten. In bezug auf ein Schreiben vom Gauverstand in Lübeck, eine Agitation nach Süize zu unternehmen, wurde beschlossen, die Kollegen Heitmann und Hermann Timm zu beauftragen, diese Agitation auszuführen. Beizüglich der Freiheit einer Stiftungsfeier wurde beschlossen, dasselbe so lange aufzuschieben, bis über die Klage wegen Überrestierung der Polizeiuniform beim Silvesterabend ein Urteil erfolgt ist. Im Punkte „Ver-

schiedenes“ wurde die Einführung des Baudelegiertenwesens sowie die Anschaffung eines Versammlungs- und Gütesiegelstempels beschlossen und der Vorstand beauftragt, Delegiertenlisten und Stempel beim Hauptvorstand zu bestellen. Da in der hiesigen Hütte für Gemeindebedienung keine Baudelegierten beschäftigt sind, die sich weigern, dem Verband beizutreten, wurde beschlossen, auf den Bauten, zu welchen die betreffende Hütte die Verpflichtung zu liefern hat, nicht zu arbeiten. Es wurde ein Komitee gewählt, das beauftragt wurde, die beiden Maurermeister hierüber in Kenntnis zu setzen. Zum Schlusse wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Heinrich Pohl in der üblichen Weise geehrt. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem dreistufigen Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung.

Wilhelmshaven. (Vorbericht.) Das Jahr 1905 brachte für das Baugewerbe im hiesigen Arbeitskreis wiederum eine stolze Bauzeitigkeit. Die Mitgliederzahl des Zweigvereins war denn auch in diesem Jahr etwas höher; sie betrug im Durchschnitt 535 gegen 527 im Vorjahr. Neu aufgenommen wurden 160 Mitglieder. Der Verbandsbeitrag betrug pro Mitglied und Woche 80 s; für Kolportage und Arbeiterselbsthilfe waren monatlich 20 s zu entrichten. Das Finanzwesen der Lofatasse gestaltete sich so: Einnahme inkl. Beitrag M. 11 635, Ausgabe M. 4837,24, Kassenbestand M. 8797,76.

Am außerordentlichen Ausgaben waren zu verzeichnen: M. 1000 für die streitenden Bergarbeiter, M. 72 für die russischen Arbeiter, M. 200 für unsere Bibliothek.

Beitragsrätschläge. Mitglieder hatten wir am Schlusse des Jahres sehr zu verzeichnen, und zwar mit zwei Woden, drei mit drei Woden und ein mit fünf Woden. Wenn dieses auch kein ungünstiges Resultat ist, so muß doch darauf hingewirkt werden, daß kein einziger Rückstand zu verzeichnen ist. Dieses einigermaßen günstige Resultat ist aber bloß auf unsere energische Haushaltsgärten zurückzuführen.

Seine Arbeiten erledigte der Zweigverein in 25 regelmäßigen, 5 außerordentlichen Mitgliederversammlungen, 22 Baudelegiertenversammlungen und 25 Vorstandssitzungen. Der Besuch der Versammlungen stellte sich auf 60–70 v. p. der Mitgliederzahl. Hier sehen wir, daß ein Teil der Mitglieder es nicht für nötig hält, die Versammlungen zu besuchen; daher auch öfter das Arbeiten der Mitglieder gegen die Beschlüsse der Organisation. Kommen dann solche Vorfälle in den Versammlungen zur Sprache, dann heißt es: „Das habe ich nicht gewußt!“ Da es aber Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, sich um die Beschlüsse der Organisation zu kümmern, kann auch hier Unwissenheit nicht vorgeführt werden, um der Strafe zu entgehen. Es müssen denn auch fünf Kollegen ausgeschlossen werden. Die Mitglieder mögen auf den Verlagsimpfungsbefehl ein wachsames Auge haben; denn einer der vornehmsten Aufgaben ist für uns der regelmäßige Versammlungsbefehl. In den Versammlungen werden die Prinzipien der Organisation klar und festgelegt. Ein Kollege, der jederzeit die Versammlungen besucht, kann mit den Beschlüssen der Organisation gar nicht in Konflikt geraten. Bei den Baudelegiertenversammlungen ist das ebenfalls der Fall. Zum Baudelegiertenwesen ist außerdem, daß hier die Delegierten nachlässig waren, die größtmöglichen Rücksichten hielten. Da nun auch die Delegierten mit dem Bauarbeiterchutz im engsten Zusammenhang steht, ist es eine unserer ersten Aufgaben, dafür Sorge zu tragen, daß im Jahre 1906 sämtliche Bauten durch Delegierte vertreten sind. Zum Bauarbeiterchutz selbst ist zu bemerken, daß hier Bautenkontrolleure angestellt sind. Wenn wir auch in Bant (Oldenburger Gebiet) mit dem Kontrolleur zufrieden sein können, so sind in Wilhelmshaven (preußisches Gebiet) hingegen die tristen Wirkstände zu verzeichnen. Ob es daran liegt, daß der auf Oldenburgsches Gebiet angestellte Kontrolleur aus Arbeiterselbsthilfe hervorgegangen und Fachmann ist, während die Stelle auf preußischem Gebiet von einem Polizisten bekleidet wird, kann jeder selbst beurteilen.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für den hiesigen Arbeitsbereich wurden 1905 vor dem Einigungsamt hier selbst festgelegt. Der Vertrag gilt bis 1. April 1906. Die neunstündige Arbeitszeit und der Stundenlohn von 60 s konnte erst am 1. April 1905 zur Geltung kommen. Wir konnten also annehmen, daß wir auf Grund des Vertrages kluge haben würden. Wir sollten uns aber getäuscht haben. Schön 1904 teilte uns der Arbeitgeberverband schriftlich mit, daß überall da, wo die Delegierten nachlässig waren, die größtmöglichen Rücksichten hielten. Da nun unser Delegiertenwesen mit dem Bauarbeiterchutz im engsten Zusammenhang steht, ist es eine unserer ersten Aufgaben, dafür Sorge zu tragen, daß im Jahre 1906 sämtliche Bauten durch Delegierte vertreten sind. Zum Bauarbeiterchutz selbst ist zu bemerken, daß hier Bautenkontrolleure angestellt sind. Wenn wir auch in Bant (Oldenburger Gebiet) mit dem Kontrolleur zufrieden sein können, so sind in Wilhelmshaven (preußisches Gebiet) hingegen die tristen Wirkstände zu verzeichnen. Ob es daran liegt, daß der auf Oldenburgsches Gebiet angestellte Kontrolleur aus Arbeiterselbsthilfe hervorgegangen und Fachmann ist, während die Stelle auf preußischem Gebiet von einem Polizisten bekleidet wird, kann jeder selbst beurteilen.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für den hiesigen Arbeitsbereich wurden 1905 vor dem Einigungsamt hier selbst festgelegt. Der Vertrag gilt bis 1. April 1906. Die neunstündige Arbeitszeit und der Stundenlohn von 60 s konnte erst am 1. April 1905 zur Geltung kommen. Wir konnten also annehmen, daß wir auf Grund des Vertrages kluge haben würden. Wir sollten uns aber getäuscht haben. Schön 1904 teilte uns der Arbeitgeberverband schriftlich mit, daß er ein Bureau, verbunden mit einem Arbeitsnachweis, eingerichtet hätte. Wir reagierten gar nicht darauf, sondern glaubten am Anfang des Jahres 1905, weil man von dem Arbeitsnachweis nichts mehr hörte noch sah, die Unternehmer würden davon Abstand nehmen haben. Wir halten uns aber gerettet. Bald traf folgendes Schreiben ein:

An den Vorstand des Centralverbandes der Maurer, Drittwortband Wilhelmshaven,

z. S. des Herrn Maurers Krug in Bant.

Der unterzeichnete Arbeitgeberverband hat in seiner gestrigen Versammlung beschlossen, mit den Organisationen der Arbeitnehmer über die Anerkennung unseres unparitätischen Arbeitsnachweises zu verhandeln und ist hierauf hierauf zu Dienstag, den 14. d. M., in der Boge hier selbst angekündigt worden. Sie werden erfuhr, in dieser Versammlung, in welcher der Arbeitgeberverband durch seinen Vorstand vertreten seit wird, persönlich zu erscheinen oder für geeignete Vertretung Sorge zu tragen.

Ergaben?

Der Arbeitgeberverband Wilhelmshaven-Rüstringen.

In dieser Sitzung waren beiderseitig Vertreter sämtlicher Organisationen im Baugewerbe vorhanden. Die Arbeiter standen auf dem Standpunkt, daß der unparitätische Arbeitsnachweis nicht anerkannt sei, da er für bloß zu einem Mahregelungsbureau gestalten würde. Wenn etwas geschaffen werden sollte, dann wäre ein paritätischer Arbeitsnachweis angebracht. Die Unternehmer aber wollten davon nichts wissen; es wäre Bezirksverband beschluß für das untere Weser- und Emsgebiet, den unparitätischen Arbeitsnachweis ihrerseits überall einzuführen, und wenn wir nicht wollten, müßten sie es auf einen Kampf ankommen lassen. Es kam aber nicht dazu, weil den Arbeitern das Objekt keinen Kampf wert erachteten. Der unparitätische Arbeitsnachweis der Unternehmer ist also ein-

geführt worden. Zu bemerken ist jedoch, daß sich heute weder die Unternehmer noch die Arbeiter darum noch kümmern. Gau war diese Sache am Ende, ging es wieder von neuem los. Diesmal wollten die Unternehmer die Besperrpausen abschaffen. Die Unternehmer behaupteten, bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt 1903 habe unser ehemaliger Vorsitzender Brügmann, gesagt, wenn die neuflündige Arbeitszeit festgelegt werde, lasse sich über die Besperrpause reden. Da ich bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt als Vertreter fungiert habe, konnte ich dies entschieden zurückweisen. Wohl hatte Brügmann im Restaurant, während der Schiedsspruch gefällt wurde, auf Befragen eines Unternehmers eine derartige Neuherierung getan. Welche Organisation legt aber Gewalt auf Privatgespräche? Die Unternehmer aber meinten, sie hätten dies damals in ihrer Versammlung betont; sie glaubten auch, nur auf Grund dieses sei damals die neuflündige Arbeitszeit befürwortet worden.

Die Arbeiterorganisationen beschlossen selbstredend, die Besperrpausen beizubehalten. Während dieser Zeit erschien im Wilhelmshavener "Tageblatt" ein Artikel, wonin es hieß, daß die Unternehmer in ihrer Einigung vertraglich hätten, wenn die Arbeiter die Besperrpausen nicht fallen lassen würden, wenn die neuflündige Arbeitszeit festgelegt werde, lasse sich über die Besperrpause reden. Da ich bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt als Vertreter fungiert habe, konnte ich dies entschieden zurückweisen. Wohl hatte Brügmann im Restaurant, während der Schiedsspruch gefällt wurde, auf Befragen eines Unternehmers eine derartige Neuherierung getan. Welche Organisation legt aber Gewalt auf Privatgespräche? Die Unternehmer aber meinten, sie hätten dies damals in ihrer Versammlung betont; sie glaubten auch, nur auf Grund dieses sei damals die neuflündige Arbeitszeit befürwortet worden.

Die Arbeiterorganisationen beschlossen selbstredend, die Besperrpausen beizubehalten. Während dieser Zeit erschien im Wilhelmshavener "Tageblatt" ein Artikel, wonin es hieß, daß die Unternehmer in ihrer Einigung vertraglich hätten, wenn die Arbeiter die Besperrpausen nicht fallen lassen würden, wenn die neuflündige Arbeitszeit festgelegt werde, lasse sich über die Besperrpausen reden. Da ich bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt als Vertreter fungiert habe, konnte ich dies entschieden zurückweisen. Wohl hatte Brügmann im Restaurant, während der Schiedsspruch gefällt wurde, auf Befragen eines Unternehmers eine derartige Neuherierung getan. Welche Organisation legt aber Gewalt auf Privatgespräche? Die Unternehmer aber meinten, sie hätten dies damals in ihrer Versammlung betont; sie glaubten auch, nur auf Grund dieses sei damals die neuflündige Arbeitszeit befürwortet worden.

Nun hätten ja die Unternehmer eigentlich satt sein können. Es ging auch wirklich drei Monate gut, und es wäre vielleicht auch weiter gut gegangen, wenn nicht die Baubüroarbeiter mit einer auswärtigen Betonfirma (Baumhold & Essel) in Differenzen wegen des Lohnes geraten wären. Die genannte Firma hatte an den hiesigen Kaiserneubauten die Böndedien auszuführen. Diese Arbeiten wurden bisher von den Unternehmern als Bauarbeiter bezahlt (50,- S. Stundlohn). Die Firma bezahlte aber nur 40,- S., daher die Differenz. Da die hiesigen Unternehmer stets von uns verlangt hatten, die auswärtigen Firmen zur Zahlung der hier üblichen Löhne anzuhalten, wurde denn auch von den Bauarbeitern unter Befürmung des Arbeitgeberverbandes über die Arbeiten der Firma B. & C. die Sperre verhängt. Ein paar Tage darauf aber schrieb der Arbeitgeberverband an die Bauarbeiter: „Die Firma B. & C. ist seit längerem unserem Verbande angeschlossen, und müssen wir denn auch für sie eingetreten. Also nehmen Sie die Arbeit erst wieder auf, und zwar unter der in diesem Frühjahr aufgelegten Lohnhöhung von 2½% Vergütung; weiter soll eine Sitzung stattfinden, in welcher festgelegt werden soll, ob Betonarbeit Bauarbeit ist.“ Die Bauarbeiter gingen aber darauf nicht ein. Sie meinten, die Unternehmer hätten früher wissen können, ob die Firma ihrer Organisation angehörte, dann wären die Verhandlungen anders gekommen, jedenfalls hätten die Unternehmer einen großen Teil Squid mit, daß die Firma gesperrt sei; und seien die Bauarbeiter davon überzeugt, daß die Arbeit Bauarbeit sei. Wenn die Unternehmer einmal ihre Friedensliebe betätigen wollten, dann könnten sie es in diesem Falle tun, weil sie die Sperre veranlaßt hätten; sie müßten also die Differenz auf dem schnellsten Wege befreiten helfen, und zwar ehe die Sperre aufgehoben würde. Über es sollte anders kommen. Den Bauarbeitern wurde das Ultimatum gestellt, bis 6. Juli die Sperre aufzuhören, währendfalls sämtliche Bauarbeiter im hiesigen Rohngebiet ausgesperrt werden würden. Die Sperre wurde von den Bauarbeitern nicht aufgehoben; die Ausperrung wurde also perfekt. Um selben Tage befanden die Bimmerer und wir ein Schreiben vom Arbeitgeberverband, in dem wir aufgefordert wurden, unserer Einfluß auf die „vertragsschädlichen“ Bauarbeiter ausüben, damit sie wieder auf den neutralen Boden zurückkehren.

Wenn die Unternehmer vor der Ausperrung die Bimmerer und uns zu einer gemeinschaftlichen Sitzung mit den Bauarbeitern eingeladen hätten, um über diese Gelegenheit zu beraten, dann hätte dies den Vertragserhalt entsprochen. Aber, da durch die Ausperrung 400 Maurer auf die Straße geworfen worden waren, sah unsere Organisation und auch die der Bimmerer eher den Vertragsbruch auf Seiten der Unternehmer. Es ist ihnen denn auch eine diesbezügliche Antwort geworden. Durch das fortwährende Drängen der Unternehmer war aber bei unseren Kollegen das Nach am Überlaufen voll gekommen. Es wurde in einer Versammlung beschlossen, Entschädigung in Form einer Lohnhöhung zu verlangen. Da uns unser Verbandsvorstand aber hierzu die Genehmigung verlieh und die höhere Zustand ebenso entschied, war aug-

der dritte Alt erlebt. Am 1. Oktober war die Kündigungsszeit unseres Vertrages. Da sagten wir uns, unter dieser Kürkirtschaft bloß keinen Vertrag mehr. Über die Lebensmittelverteuerung kommt uns dazu, unsere Löhne zu verbessern. Aus diesen Gründen wurde der Vertrag gekündigt, der am 1. April d. J. abläuft. Darauf lief am 28. Oktober folgendes Schreiben ein:

„An den Verband der Maurer, z. H. des Herrn Krug,

„Auf Grund der von Ihnen eingereichten Kündigung der Zeit bestehenden Lohnabsturz erachten wir Sie, uns mitzutun, mit Sie sich in Zukunft die Neugestaltung der Arbeitsverträge denken.“

Arbeitsgeberverband Wilhelmshaven-Müllerstrasse.

X. U.: Joh. Krug. Auf diese Frage wird wohl niemand eine andere Antwort finden, als die, die wir dem Arbeitgeberverband geben. Sie lautet:

„Die Grundlage der zulässigen Arbeitsverträge ist vor allen Dingen die Innehaltung derselben. Das ist ihrerseits bei dem jetzt bestehenden nicht der Fall gewesen; wir erachten Sie, uns eine Gewalt zu bieten, das Sie die zukünftigen Arbeitsverträge auch halten wollen; denn wir schließen nur zu dem Zweck Verträge ab, um den Frieden im Arbeitsverhältnis zu festigen.“

Damit ging das Jahr 1905 zu Ende. Das Vorgerben der Unternehmer beweist uns aber sehr drastisch, daß man sich so, wo Arbeitsverträge abgeschlossen sind, nicht auf die alte Bärenhaut legen darf, sondern es lehrt uns, daß der Frieden halten will, für den Kampf gerüstet sein muß. Und wie können wohl sagen, daß der Zweigverein seinem Gegner gerüstet gegenübersteht, um jeden weiteren Schlag zu parieren. Die Agitation zur Anderung neuer Mitglieder ist hier nie vernachlässigt worden; sie wird auch im Jahre 1906 weiterbetrieben werden, um die Organisation einer anerkennenswerten Macht zu gestalten. Erfüllbar jeder Seite seine auferlegte Pflicht, dann werden wir bald das Bild der Freiheit in der Ferne erblicken.

Wittenberge. Dienstag, den 6. März, tagte hier die regelmäßige Mitgliederversammlung, die erfreulicherweise einmal gut besucht war. Der Vorsitzende eröffnete zunächst den Bericht von der Gautonferenz, den die Kollegen mit der größten Aufmerksamkeit entgegennahmen. Der Obmann der Lohnkommission, Kollege Karl Schmidt, gab bekannt, daß am 1. März der Arbeitsvertrag abgelaufen war. Die Lohnkommission hatte mit dem Unternehmer eine Sitzung gehabt, wobei Festlegung eines neuen Vertrages. Die Unternehmer hätten aber rückweg erklärt, keinen Deut willigen zu wollen. Dies mußte die Kollegen anstreben, besser auf dem Posten zu sein und besser die Versammlungen zu besuchen, damit bei einer zukünftigen Gelegenheit dem proklagten Unternehmertum die gebührende Antwort gegeben werden könnte. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten ermachte der Vorsitzende die Kollegen, sich zahlreich an der Flugblattverbreitung am 25. März zu beteiligen und mehr die Arbeitgeberseite, die „Brandenburger Zeitung“, zu unterstützen. Hierauf folgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung um 11 Uhr.

Begefad. Am 14. März fand bei Schäfer eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Bündig gab der Vorsitzende bekannt, daß die Maurer von Begefad und Umgegend in der Wahl von Delegierten sehr flau sind, waren doch bei 88 Unternehmen nur 18 Delegierte gewählt. Die Kollegen wurden verpflichtet, sofort auf allen Bauten die Wahls vorzunehmen und alle 14 Tage die Bücher zu revidieren. Einige Mitgliände sind, falls sie nicht sofort abschaffen lassen, in der allmonatlichen Delegiertenversammlung vorzubringen. Den Kartellbericht gab Kollege R. E. berichtet, daß im Kartell beschlossen sei, hierzulande Sprechdienst eines Arbeiterschöpfers zu geben. Der Kartelldelegierte fand die Zustimmung zu einer Erhöhung der Kartellbeiträge auf dieer nächsten Sache. Die Stellungnahme zur Maifeier wurde verabschiedet. Kollege B. E. erfuhr die Versammlung, einmal Stellung zu nehmen zu einer eventuellen Erhebung eines Zusatzbeitrags, damit, falls wir einmal in die Lage kommen, uns den § 81 d zu nutzen können. Auch sonst sei es nötig, auf eine starke Volkskasse zu halten, damit man nicht bei jeder Kleinigkeit die Haupfkasse und mit ihr alle deutschen Kollegen in Anspruch zu nehmen brauche. Hierzu erhob sich kein Widerspruch. Es wurden drei Kollegen bestimmt, die gemeinsam mit dem Vorstand bis zu einer nächsten Versammlung geeignete Vorschläge auszuarbeiten. Unser Kassierer gab bekannt, daß der Unternehmer Lehmann immer mehr Kollegen nach Begefad durch die Zeitung sucht, davon aber nur eine ganz minimale Zahl einstellt. Man wird für die Zukunft auf dies Gebaren ein wachsame Auge haben. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Bauarbeiter in eine Lohnbewegung eintreten wollen. Auf Grund der Kritik der letzten Maifeierversammlung stellte ein Kollege den Antrag, unsere Versammlung nicht mehr in der gegenwärtigen Presse bekannt zu geben, sondern unter Beteiligung der Unternehmer nur zu unterstellen. Nach der Aufforderung, die Versammlungen fleißig zu besuchen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bitterfeld. Sonntag, den 4. März, fand in Riedelreichsdorf zu Hainwald eine öffentliche Maurerversammlung statt. Als Referent war Kollege Laubholz aus Görlitz erschienen, der über: „Unternehmerorganisation und die Wacht der Arbeiter“ referierte. Der Vortrag wurde sehr freigiebig aufgenommen. Der Referent führte es den Kollegen vor Augen, zu welcher Macht unter Verband herangewachsen ist, und schloß mit einem Appell an die Kollegen, die Organisation täglich zu agitieren, damit auch in Görlitz und Umgegend bessere Löhne und Arbeitsbedingungen erreicht werden können. Die Versammlung befürchtete jedoch hieran eingeweiht mit der Aufstellung von Lohnforderungen, die den Unternehmern zugestellt werden sollen. Nach langer Debatte wurden die Forderungen folgendermaßen formuliert: Die Arbeitszeit soll zehn Stunden betragen, und zwar von 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends. Dazwischen eine halbe Stunde Frühstück, eine Stunde Mittag, und eine halbe Stunde Besperrpause. Der Lohn soll 35,- S. pro Stunde betragen. Nebenher sind zunächst zu vermeiden, sind aber solche erforderlich, so sind für Überstunden und Nacharbeit 10,- S. Aufschlag für Feuer, Wasser und Sonnagsarbeit 15,- S. Aufschlag zu bezahlen. Der Lohn

ist vor Feierabend auf der Baustelle auszuzahlen. Die Kündigungsszeit ist aufgehoben. Wird ein Arbeit entlassen, so findet ihm Kopiere und der Lohn sofort eingehändigt. Die Auflordarbeit ist zu befehligen. Maßregelung wegen Zugehörigkeit zur Organisation darf nicht stattfinden. Dann wurde eine Lohnkommission gewählt. Erschienen waren aus Großjhönnau und Hainewalde über 60 Kollegen. Am 23. Januar haben die Freiheitsauer Kollegen ebenfalls ihre Forderungen aufgestellt und sie irgendwelchen den Unternehmern unterbreitet. Antwort haben sie bis heute noch erhalten. Die Reichshauer Kollegen, die bisher einen Lohn von 26,- S. erhielten, sind nicht länger gewillt, für diesen erwarteten Lohn zu tragen. In letzter Zeit sind sie sehr rührig gewesen, so daß der größte Teil organisiert ist. In nächster Zeit wird eine Versammlung einberufen werden, die zu weiteren Maßnahmen Stellung nehmen soll. Die Bitterfelder Kollegen sind ebenfalls nicht gewillt auf ihren Vorbeeren auszugehen. Am 8. Februar wurde an den Arbeitgeberverband die Anfrage gerichtet, ob er gewillt sei, über die Lohnfrage zu unterhandeln. Am 5. Februar wurde die Lohnkommission von dem Arbeitgeberverband erlaubt, nähere Angaben zu machen. Es wurde unterstellt ein Tarif ausgearbeitet, wonach für 1906 38,- S., für 1907 40,- S. Stundentohn bei zehnflündiger Arbeitszeit verlangt werden. Überstunden und Nacharbeit mit 10,- S., Wasser- und Feuerarbeit mit 15,- S. und Sonnagsarbeit mit 20,- S. mehr bezahlt werden. Außerdem wurde noch Aufhebung der Kündigung und der Auflordarbeit, Regelung des Lohnauszahlens und Anerkennung der Organisation gefordert. Die Lohnkommission wurde hierauf vom Arbeitgeberverband aufgefordert, sich zwecks einer gegenwärtigen Aussprache am 22. Februar in den „Drei Kronen“ einzufinden. Der Arbeitgeberverband hat einen Vertrag ausgearbeitet, der für uns unannehmbar ist. Der Lohn soll danach bis 1908 3,- S. pro Stunde betragen. Auch eine famose Leistungsumlauf fehlt nicht. Ein Maurer soll täglich 1000 Stück Blöcke bei einer Mauerfläche von einem Stein statt und darüber vermauern usw. Wer alle die im Vertrage festgelegten Leistungen nicht vollbringt, soll nach Leistung entlassen werden. Die Organisation wird anerkannt. Die Lohnkommission schlägt hierauf, dem Wunsche der Unternehmer entsprechend, die Forderungen in geänderter Form ein, worauf erneut verhandelt werden soll. Doch ist die Möglichkeit vorhanden, daß es nicht mehr dazu kommt. Weiteres Schritte wird die nächste Versammlung beschließen.

Bentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 11. bis 17. März sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin A. 3000, Dresden 400, Albersdorf 200, Neuzelle 100, Börneberg 100, Reitensagen 100, Wittenberge 100, Neudietendorf 100, Altenbrunnen 50, Summa A. 4170.

Zuschüsse erhielten: Minden i. Westf. 200, Geusnitz 150, Schierstein 100, Oberau 100, Essen (Ruhr) 100, Innenhausen 50, Summa A. 700.

Arlona, den 17. März 1906.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Berlin. Sonntag, den 15. März, fand im „Gewerkschaftshaus“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich nach dem Besuch der letzten Versammlung befand. Bündig wurde beantragt, den Beschluss aus formalen Gründen aufzuhören und in eine neue Diskussion einzutreten. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages. Der Antrag war nicht erstanden. Nun schilderte der Vorsitzende den Gang der Sache, wodurch er sich hatte hinreißen lassen, solche Spuren zu ziehen zu gebrauchen. Er behauptete, daß sie geladen sind und nahm sie zurück. Einige Redner meinten, wenn Willkür dies gleich in der vorigen Versammlung getan hätte, dann wäre sicherlich die jetzige nicht nötig geworden. Die Mehrzahl der Redner stand auf Neuwahl, während ein kleiner Teil nachgewiesen wurde, daß nach dem Statut und auch nach dem Hilfsstaatsgebot es nicht zulässig sei, eine Neuwahl vorzunehmen. Die Debatte war sehr erregt und lang, da sich viele Redner beteiligten. Auch wurde beantragt: „Die heutige Mitgliederversammlung der Central-Krankenkasse der Maurer beschließt, den Kollegen Willkür seines Postens zu entziehen und erlaubt den Vorstand, dem Verlangen der Filiale Berlin Rechnung zu tragen.“ Auf Verlangen wurde auch das Schriftstück vom Hauptvorstand verlesen. Guleit wurde dem Vorsitzenden Willkür wegen dieser Sache eine Blöße ertheilt.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

(Die Zweigvereinsvorsitzende werden dringend erucht, über alle in ihrem Bezirk befindliche verdeckte Unfälle, mit kurzer Ausführung der Verletzungsumstände und der überlebenden Folgen, ungehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erlass von Arbeitsschutzbestimmungen und über Subventionenvergabe.)

Tann. Das Unterlief am 9. März hat einen beschlagwerten Bauunfall im Gefolge gehabt. Auf einem Neubau an der Uplandstraße wurde um die elfte Morgenstunde vom Sturm eine Brandmauer umgeworfen. Die Steine stürzten auf eine Wallenlage und diese brach in die Tiefe, wobei mehrere Arbeiter, die unter der Wallenlage arbeiteten, mit in den Keller hinabgerissen wurden. Ein 73jähriger, vom Eichsfeld gebürtiger Maurerlehrling erlitt zu schweren Verletzungen, doch er nach wenigen Minuten verschwand. Der Polizei und zwei weiteren Arbeiter existieren bei dem Sturm leichtere Verletzungen. Wie uns mitgeteilt wird, ist das Unglück dadurch so folgenschwer geworden, weil die Vorderwand, infolge eines herosischen lebhaft häufig gewordenen Bruches, nach 1½ bis 2 Stock höher gemauert waren. Ungezügelte Verhandlungen, die den Unternehmern zugestellt werden sollen. Nach langer Debatte wurden die Forderungen folgendermaßen formuliert: Die Arbeitszeit soll zehn Stunden betragen, und zwar von 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends. Dazwischen eine halbe Stunde Frühstück, eine Stunde Mittag, und eine halbe Stunde Besperrpause. Der Lohn soll 35,- S. pro Stunde betragen. Nebenher sind zunächst zu vermeiden, sind aber solche erforderlich, so sind für Überstunden und Nacharbeit 10,- S. Aufschlag für Feuer, Wasser und Sonnagsarbeit 15,- S. Aufschlag zu bezahlen. Der Lohn

Cassel. Freitag, den 16. März, waren in dem Neubau des Bauunternehmers Damm in Battenhausen zwei Kollegen mit Legen von Treppenstufen beschäftigt, als plötzlich die Betonabdeckung des Treppenhauses zusammenbrach, die beiden Männer unter sich begraben. Während Roth mit geringen Verletzungen davonkam, erlitt Georg Oppermann einen doppelten Armbruch und schwere innere Verletzungen, die seine Ueberführung nach dem Krankenhaus nötig machten.

Günthersdorf. Mittwoch, den 14. März, erlitt der Arbeiter Fischer beim Aufstellen einer Hub-Lüdger am Bau des Unternehmers Heinrich Hoffmann einen Brummbau. Unrichtige Handhabung der Gerätschaften durch seinen Arbeitskollegen war schuld daran. — Am Bau Joggala, Unternehmer Lealand & Schmid, führte die zu schwäme Rüstung zu schwerem Unglück. Der Maurer H. Mengel trat beim Einsetzen eines Fensters im Treppenhaus lebhaft und stürzte aus der zweiten Etage in den Hausbau hinab, sich schwere innere und äußere Verletzungen zuziehend.

Eissen. Am 12. März stürzte der Maurer Schöpfer vom Dachstuhl eines Neubaues so ungünstig herab, daß sein Tod nach 48 Stunden eintrat. Der Tod wird ausgeführt von dem Bauschultheißen und Münsterhainer Zentrumsmäzaten Karl Göte. Die Schutzbefreiungen am Neubau waren äußerst mangelhaft und lassen auch heute noch viel zu wünschen übrig. Uns wundern solche Missstände nicht, denn die von Göte mit Vorliebe beschäftigten christlichen Maurer wachen mit Argusaugen darüber, daß kein Centralverbandler sich „anschliefen“ kann. Der Bauarbeiterbau ist für die Mutterchristen da für uns so überflüssiger.

Groß-Berken. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonnabend, den 10. März, auf der Siegelsee Neukamerun bei dem Abriss eines alten Trockenraumes. Dort waren die Arbeiter mit dem Abpüken und Beaufsichtigen der alten Materialien beschäftigt, als plötzlich das Gewölbe einstürzte und die Arbeiter mit in die Tiefe rutschten. Drei Arbeiter wurden verletzt unter den Trümmern hervorgeholt. Vergleichliche Hilfe war bald zur Stelle. Der Arbeiter Budach mußte nach dem Kreis-Krankenhaus überführt werden; die beiden anderen konnten sich in ihre Wohnungen begeben. Der Einsturz war deshalb erfolgt, weil man die Widerlagsträger zu weit freigelegt hatte. Wen die Schulden hieran trifft, wird die nähere Untersuchung ergeben. Die Arbeit wird der Siegelsee-Verwaltung ausgeführt.

Bauentwurf vor Gericht. Vor der Strafkammer zu Heidelberg hatten sich wegen Vergehens gegen § 330 des Reichs-Strafgesetzbuches der Maurermeister Eugen Nipperger, Polier Eugen Belle, Architekt Spatz und vier Maurer zu verantworten. Am 9. November vorigen Jahres stürzte in der Römerstraße in Heidelberg eine Schweiß- und Stollung im Rohbau ein. Die Ursache des Zusammenbruches wurde in den mangelhaften und vorfrühschwüdigen Art des Aufbaues der Södelmauer gefunden, die den Druck der darauf ruhenden Maurerwerke nicht stand halten konnte. Wegen dieser fehlerhaften Konstruktion wurden der bauleitende Architekt sowie die ausführenden Maurer verantwortlich gemacht. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung sämtlicher Angeklagten, die Verteidiger beantragten Freispruch, da den Angeklagten nach den gegebenen Verhältnissen eine schuldhafte Unterlassung nicht nachgewiesen sei. Der Gerichtsverhandlung verurteilte sämtliche Angeklagten zu je 15 Geldstrafe, die Angeklagten Nipperger und Eugen Belle zu je 14 Tagen Gefängnis und den angeklagten Architekten zu 100 Geldstrafe. Die straflose Außerachtlassung der anerkannten Regeln der Baukunst wurden bei sämtlichen Angeklagten bejaht. Als die Hauptbeschuldigten mußten die Angeklagten Nipperger und Eugen Belle betrachtet werden, da sie als unmittelbare Aufsichtspersonen trotz der durch die unsachgemäße Ausführung drohenden erheblichen Gefährdung für Menschen und Sachen nicht für eine pflichtgemäße Bauausführung Sorge getragen haben.

Ans anderen Bersten.

* Die Abrechnung der Generalkommission für das Jahr 1905 wird im Correspondenzblatt bekannt gegeben. Die Einnahmen in betragen insbesondere eines Kassenbestandes von M. 128 494,22 M. 384 058,62. Die Beiträge der Verbände betragen allein M. 183 670,71, M. 915,70 wurden durch den Schriftvertrag eingezogen. Die Ausgaben sind durch den Beitrags M. 181 497,91, so daß ein Defizit von M. 202 555,72 verbleibt. Von den Ausgaben entfielen M. 32 765,56 auf Agitation, und zwar wurden u. a. aufgewandt für Ost- und Westkreisen und Bojen M. 11 000, für Oberkreis M. 6266, für Rheinland und Westfalen M. 4150, für Elsass-Lothringen und das Saargebiet M. 6500, für sonstige Agitation noch M. 3464,56. Hier sind die Kosten der verschiedenen von der Generalkommission unterhaltenen Arbeitssekretariate mit einbezogen. Das „Correspondenzblatt“ kostete M. 32 148,66, „L'Opéra“ M. 6773,74, „Oswia“ M. 6548,76 und das Zentralarbeitssekretariat M. 10 914,08. Auger diesen Summen verrechnet die Generalkommission die Gelder, die anlässlich der Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905 durch Ihre Hände gingen. Es waren das beim Streik der Bergarbeiter M. 17 947,40, bei der Aussperrung der Schmiede M. 2788,40, bei der Aussperrung der Dresdener Fabrikarbeiter M. 55 309,06, bei der Aussperrung der Werstarbeiter an der Unterwerk M. 8875, bei der Aussperrung der Gießarbeiter in Berlin M. 2191,36, bei der Aussperrung der Pederarbeiter in Berlin M. 14 825, bei der Aussperrung der Textilarbeiter in Thüringen M. 656,85, bei dem Streik der Möbelarbeiter in Bielefeld M. 9995,87, bei der Aussperrung der Metallarbeiter in Schwerin M. 7900, insgesamt M. 120 288,94. Diese Gelder sind bis auf M. 1570,87 bestimmtsgemäß ausgezahlt worden.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Staatszuschuss zur Arbeitslosenversicherung. Der Gewerkschaften wird, wie wir fürstlich mitteilen, in Norwegen gewährt. Aufnahme steht man in Dänemark in im Begriff, diesem Beispiel zu folgen. Die erste Anregung dazu haben die Sozialdemokraten bereits vor 25 Jahren durch einen Antrag an die gegebenen Körperschaften gegeben. Seit unsere Parteigenossen im dänischen Reichstag vertreten sind, haben sie Jahr für Jahr von neuem diese Forderung erhoben. Als im Jahre 1901 die Liberalen an die

Regierung kamen, trachteten diese danach, die bestehende Altersversorgung durch eine Invaliden- und Altersversicherung zu ersetzen, wozu die Arbeiter Beiträge zahlen sollten. Als im Jahre 1903 eine Kommission zur Erwägung dieser Frage eingesetzt wurde, fiel ihr infolge der unablässigen Agitation unserer Genossen auch die Aufgabe zu, über die Einführung einer Arbeitslosenversicherung zu beraten. Für den Plan, die Altersversorgung durch Versicherung zu ersetzen, wurden die Verhältnisse infolge des Fortschrittes der Sozialdemokratie und der Entwicklung der Linkspartei immer ungünstiger, so daß davon vorläufig nicht mehr die Rede ist. Über die Arbeitslosenfrage hat die Kommission nun, am 10. März, ein Gutachten abgegeben, das in einem Gesetzentwurf über anerkannte Arbeitslosenversicherung besteht. Danach soll der Staat ein Drittel der Beiträge erheben, die von den Mitgliedern der Arbeitslosenversicherung gezahlt werden, jedoch die Summe des Staatsaususses für diese Zwecke auf ein Maximum von 250 000 Kronen festgesetzt. Die Kommunen können ohne Genehmigung der höheren Behörden ein Drittel des Mitgliedsbeitrages aufzichten, so daß also sofort der Staatsaufschub ausreicht, die Hälfte der Beitragssumme der Versicherten aus öffentlichen Mitteln aufgebracht wird.

Eingegangene Schriften.

Der Zukunftstaat. Theorie über den Sozialismus, sein Leben, seine Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit. Unter diesem Titel gibt die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, eine Arbeit von J. Stern heraus.

Die Broschüre ist in allen Parteibuchhandlungen zu erhalten und kostet 60 Pf.; eine Agitationsausgabe kostet 30 Pf.

Der Wahre Jacob. Soeben die 6. Nummer seines 22. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die Porträts von vier Märtyrern der russischen Freiheitsbewegung, von Otto Schmitz, Esther Ristind, David Krause und dem in letzter Zeit zum Tode verurteilten Leopold Schmidt.

Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. Paul Bernstein. Heft 9 der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis 20 Pf.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Zeitschrift, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, ist soeben das 12. Heft des 2. Bandes erschienen. Aus seinem Inhalte heben wir hervor: Otto Höne: Als das Zentrum noch nicht Regierungspartei war. — Philipp Scheidemann: Ein Vorschlag. — Wie gibt es seinem Artikel recht interessante Denominisierung aus der Oppositionszeit des modernen Zentrums? — gerade zur rechten Zeit kommen Scheidemann macht in seinem Artikel einen Vorschlag, wie man dem Volke die Schuldigen des Bollards recht augenfällig denunzieren könnte. Das einzelne Heft der Wochenzettel kostet 10 Pf. Probeheft sind vom Verlag Berlin W 15 kostengünstig zu beziehen.

Briefkasten.

* Die vielen Schreiben, worin um Verhinderung des Zugangs ersucht wird, weil Lohnbewegungen geplant sind, können wir nicht berücksichtigen. Der Zugang kann dann erst fernthalten werden, wenn die Bewegung unmittelbar bevorsteht. Die Gründe dafür sind unseren Kollegen allgemein bekannt.

* Wegen Blagnangels mußte einige Vermögensberichte und sonstige Einwendungen zurückgestellt werden.

Lissa. Am 18. März verstarb hier vor, dann werden wir weiter darüber reden.

Nürnberg. Am 11. März verstarb hier vor, dann werden wir weiter darüber reden.

Bruchmühle. Am 11. März verstarb hier vor, dann können wir nicht bringen.

Breslau. Am 11. März verstarb hier vor, dann werden wir weiter darüber reden.

Neumühl. Am 11. März verstarb hier vor, dann werden wir weiter darüber reden.

Schleiz. Am 11. März verstarb hier vor, dann werden wir weiter darüber reden.

Metz. Ihre Annahme wird wohl richtig sein; wir haben keinen Bericht erhalten.

Anzeigen.

Schwarzbenz bek.

Beiträge für Schwarzbenz-Kollegen werden vom Kassierer jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends von 7 bis 9 Uhr, von auswärtigen Kollegen jeden ersten Sonntag im Monat von 9 bis 11 Uhr Vormittags entgegenommen:

[M. 2,10]

Der Kassierer.

[M. 1,20]

Metz.

Die Adresse des Verbrauchersmannes ist: Ludwig Schön, Augustinerstr. 8. Dort befindet sich auch das Bureau.

Würzburg.

Alle Briefe und Sendungen sind bis auf weiteres an den Kollegen Josef Mager, Steinheilstr. 18, I. Et., zu richten. [M. 1,50]

Der Vorstand.

Goldberg b. L.

Meine Wohnung befindet sich vom 1. April an Untere Nadestr. 25. [M. 1,20]

Franz Schmid.

Der Maurer Emil Meier aus Nordhausen, geb. am 9. Dez. 1888, wird ersucht, seinem Vater baldigst Nachricht automatisch zu lassen. [90 Pf.]

Der Kollege Gustav Voigt, Ber. Nr. 181 510, geb. am 10. Mai 1884 zu Halberstadt, wird ersucht, seine Adresse uns gehend an A. Stahl, Maurermeister in Gesselsdorf b. Sorau, zu senden. Er soll als Zeuge vernommen werden. [M. 1,50]

Der Zweigvereinsvorstand Sorau.

[M. 8]

Artern.

Sonnabend, den 31. März 1906, Abends 8 Uhr:

Erstes Stiftungsfest,

verbunden mit humoristischen Aufführungen, im Hotel „Zur Krone“.

Um recht zahlreiche Beteiligung bitte! Der Vorstand.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Totenfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 Pf.)

Augsburg. Am 12. März verstarb unser treuer Verbundungsleiter, Kollege Ludwig Mayer, im Alter von 36 Jahren an Lungentuberkulose.

Berlin. Am 9. März verstarb unser altes Mitglied Hermann Oenigk, 48 Jahre alt, an der Broterkrankheit.

Berlin. Am 14. März verstarb unser altes Mitglied Otto Rohde, 42 Jahre alt, an Herzleiden.

Berlin. Am 14. März verstarb unser Kollege Gottfried Pöppel, 61 Jahre alt, an Herzschwäche.

Biere. Am 15. März verstarb unser Kollege W. Graul im Alter von 53 Jahren an Herzleiden.

Glöe. Am 3. März verstarb unser Mitglied Friedrich Wiesch im Alter von 73 Jahren.

Dresden. Am 17. Februar verstarb unser treuer Verbundungsleiter, der Kollege Adolf Geppert, nicht Seppert, wie es in Nr. 11 hieß.

Eissen. Mittwoch, den 14. März, verstarb unser Mitglied Ed. Schöppner infolge eines Lungentuberkuloses.

Einsiedeln. Am 12. März verstarb unser treuer Verbundskollege Jakob Heuser infolge eines Sturzes im Alter von 84 Jahren.

Mönch-Oechtheim. Am 17. März verstarb der Kollege Jakob Hach im Alter von 82 Jahren an Herzleiden.

Bosen. Am 18. März verstarb unser Mitglied Paul Ziebarth im Alter von 29 Jahren an der Lungenkrankheit.

Rötha. Sonntag, den 18. März, verstarb im Krankenhaus St. Jakob zu Leipzig der Kollege Albert Munkelt im Alter von 44 Jahren an Lungentuberkulose.

Schweizingen. Am 19. März verstarb unser Kollege Jos. pl. Jahn im Alter von nahezu 88 Jahren an Darmkrebs. — Am 16. März verstarb unser Kollege Konrad Blaß im Alter von 26 Jahren an Lungenschwundheit.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Männer.

Sonntag, den 25. März.

Bayreuth. Nachm. 2 Uhr in der „Centralhalle“. Mitgliedsbeiträge mitbringen.

Erkner. Sonnab. 8 Uhr bei Müller (Schulhaus). 1. V.-D.: Verhandlung über Sozialerwerbserwerben. 2. Abgabeverteilung. 3. Bericht über die Gauversammlung.

Herzberg. Nachm. 1 Uhr im Lokale von Weier in Alt-Herzberg.

Jüterbog. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal.

Rosslau. Im Gasthof „Zum Hirsch“

Schkeuditz. Nachm. 3 Uhr in Schkeuditz's Restaurant.

Templin. Sonnab. 11 Uhr im Lokale des Herrn Hermann.

Treptow. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Dienstag, den 27. März.

Liegnitz. Abends 8 Uhr. 1. V.-D.: Die abgeschlossenen Kartverträge.

Donnerstag, den 29. März.

Berlin. Besitzer Orientierungsbuch. Abends 8 Uhr. „Vorwärts-Säle“. 1. V.-D.: Einladung der Berliner Maurerzeugung.

Sonntag, den 1. April.

Aisleben. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal.

Altstädt. Nachm. 8 Uhr im Gathof „Zum Adler“. Bücher mitbringen.

Grosswig. Nachm. 8 Uhr im Lokale des Herrn Thomas.

Memmelsdorf. Nachm. 8 Uhr. Mitgliedsbeiträge sind mitzubringen.

Neu-Ingelheim. Nachm. 8 Uhr im Vereinslokal von August Schwellbach.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.